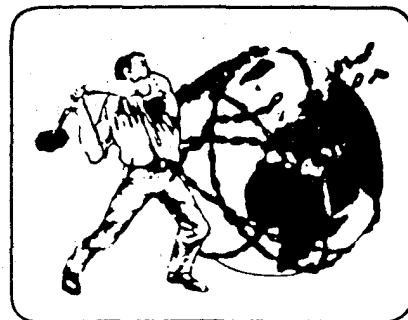


PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 44

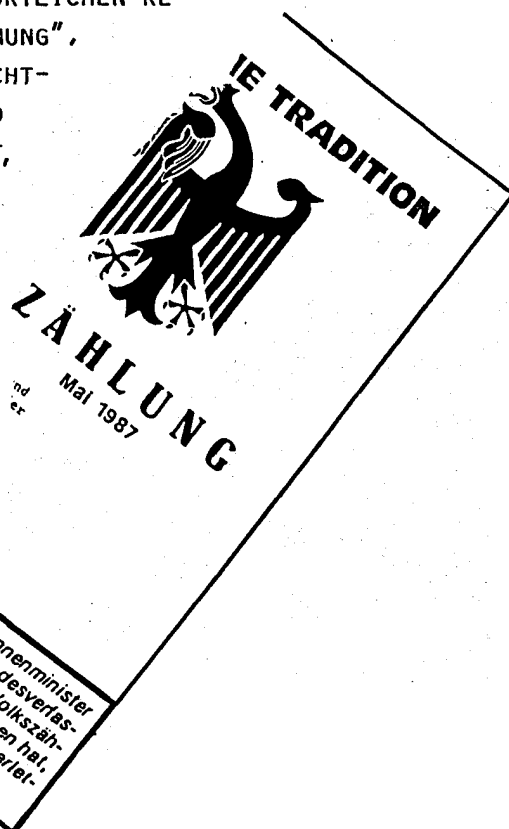
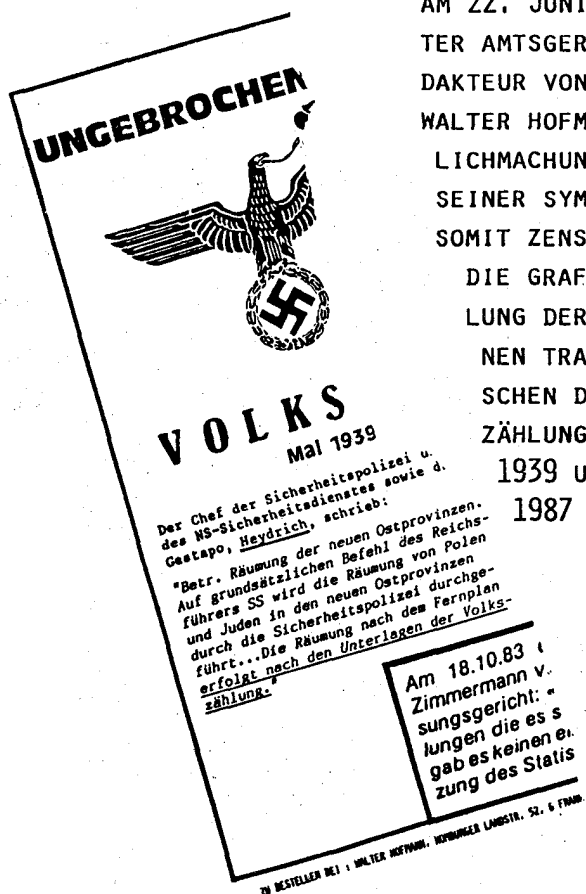
Juli 1988

DM 3,50

DOKUMENTATION ZUM PROZESS GEGEN WALTER HOFMANN

UNGEBROCHENE TRADITION

AM 22. JUNI 1988 VERURTEILTE DAS FRANKFURTER AMTSGERICHT DEN VERANTWORTLICHEN REDAKTEUR VON "GEGEN DIE STRÖMUNG", WALTER HOFMANN, WEGEN "VERÄCHTLICHMACHUNG DES STAATES UND SEINER SYMBOLE". VERURTEILT, SOMIT ZENSIERT, WURDE DAMIT DIE GRAFISCHE DARSTELLUNG DER UNGEBROCHENEN TRADITION ZWISCHEN DER VOLKSZÄHLUNG VON 1939 UND 1987



Am 22. Juni 1988 fand vor dem Frankfurter Amtsgericht der Prozeß gegen Walter Hofmann, verantwortlicher Redakteur von "Gegen die Strömung", wegen "Verächtlichmachung des Staates und seiner Symbole" statt.

Vorausgegangen waren im vergangenen Jahr Festnahme mit vorgehaltener Pistole, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme des Flugblatts "Kampf der Volkszählung" und von Plakaten und Aufklebern, die bundesweit verbreitet worden waren.

Der Gerichtssaal im Frankfurter Amtsgericht war nahezu überfüllt: um die 40 Zuschauer verfolgten den Prozeß mit Interesse und Sympathie für den Angeklagten. Zahlreich vertreten waren auch die Vertreter der örtlichen Presse sowie Hörfunk- und Kamerteams des Hessischen Rundfunks.

Walter Hofmann wurde zu 30 Tagessätzen à 10 DM verurteilt, weil er die ungebrochene Tradition zwischen dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus zur Nazi-Zeit und dem Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus, insbesondere in der Frage der Volkszählung, aufgezeigt hatte. Die dabei verwendete Karikatur - Reichsadler und Bundesadler eng umschlungen und sich inniglich küssend - wertete das Gericht als "Gleichsetzung beider Systeme". Darin sah der Richter eine strafbare "Verächtlichmachung des Staates und seiner Symbole".

In der Tat, was bleibt von der Preßfreiheit, wenn man das, was die öffentliche Verachtung verdient, nicht mehr der öffentlichen Verachtung preisgeben darf ?

Karl Marx, "Der preußische Preßgesetzentwurf", Werke Band 5, S. 241.

Die Tradition der Volkszählung von 1939 ist ungebrochen!

Rede von Walter Hofmann vor Gericht

Ich will gleich zu Beginn auf die Anklageschrift eingehen. Sie besteht, wenn man die Personalien und die Zitate aus dem Flugblatt wegläßt, aus sage und schreibe einem Satz:

"Durch die Gleichsetzung bzw. Verbindung des Bundesadlers mit dem Reichsadler und dem dazugehörigen Text wird die Bundesrepublik Deutschland mit dem verbrecherischen NS-System gleichgesetzt."

Dies ist nun schon der dritte Prozeß gegen mich als presserechtlich Verantwortlichen, des weiteren gab es schon diverse Versuche, Verfahren gegen mich bezüglich meiner presserechtlichen Verantwortung anzustrengen. Ich bin also einiges an Anklagen gewohnt. Allerdings so dürftig, so falsch war noch keine Anklage. Daß ich mich überhaupt damit befasse, hängt unter anderem damit zusammen, daß man an der Anklageschrift die Willkür aufzeigen kann.

Die Willkür in diesem Fall begann schon am 2. Mai 1987, als ich das Flugblatt gegen die Volkszählung verteilte.

Im Anschluß an die KWU/Siemens-Demonstration in Offenbach wurde ich in einer groß aufgemachten Aktion festgenommen. Mehrere Zivilpolizisten zielten mit Pistolen auf mich und legten mir Handschellen an, die mir dann auch im Auto nicht abgenommen wurden. Es folgte das Verhör mit erkennungsdienstlicher Behandlung und schließlich eine Hausdurchsuchung durch zwei Beamtinnen und drei Beamten, ohne richterliche Anordnung - wegen angeblicher "Gefahr im Verzug". Auf dem Polizeirevier wurde mir verwehrt, einen Rechtsanwalt anzurufen.

Als Vorwand für diese Aktion diene der § 86 a, es wurde also behauptet, mit der hier zur Verhandlung stehenden Grafik würden "verfassungsfeindliche Embleme", sprich: das Hakenkreuz, propagiert!

Pressevertreter wurden in bezug auf diese Vorfälle angelogen, ihnen wurde gesagt, im Zusammenhang mit der Demonstration in Offenbach habe es keine Festnahmen gegeben.

In der nun folgenden Zeit schien man irgendwie zu merken, daß man sich mit der Unterstellung, ich würde das Hakenkreuz propagieren, bodenlos blamieren würde. Man jonglierte mit den Paragraphen und machte neuerliche Hausdurchsuchungen, diesmal mit der Begründung, daß ich die BRD böswillig verächtlich mache (§ 90 a).

Verantwortlich für diese Anklage ist derselbe Oberstaatsanwalt, der mich 1981 schon einmal angeklagt hatte, ebenfalls wegen Verunglimpfung der BRD. Damals sollte die Aussage bestraft werden, daß der westdeutsche Staatsapparat "von oben bis unten durchsetzt" ist mit "alten Faschisten". - Ich mußte damals wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

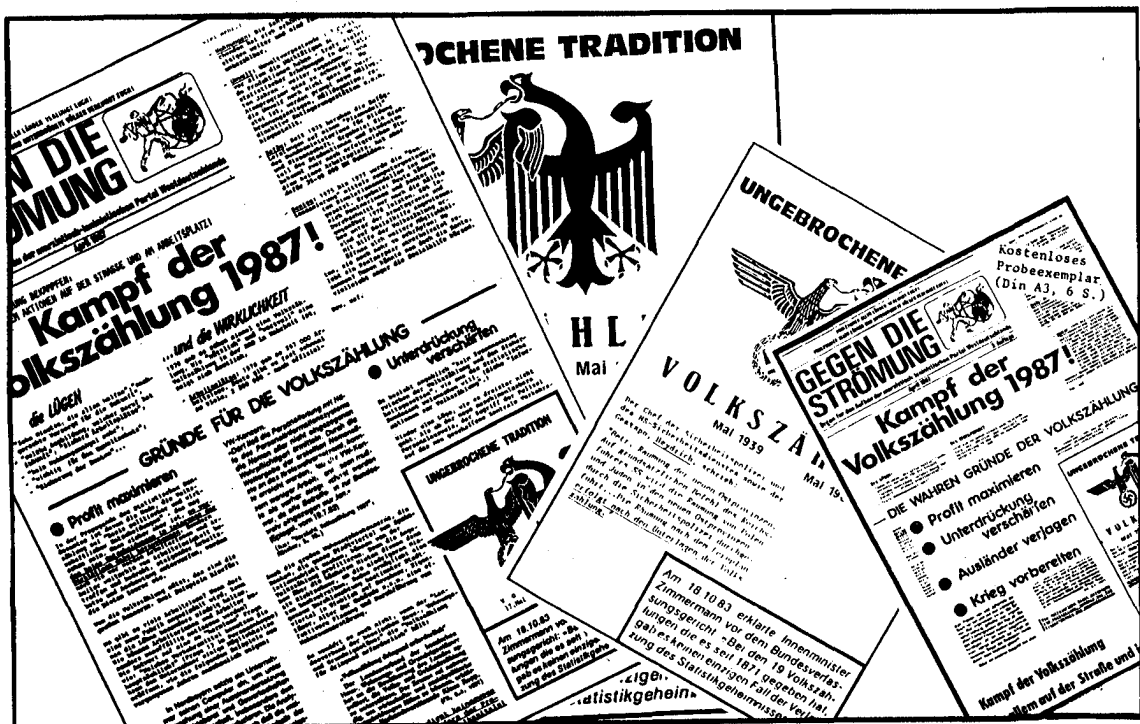
Oberstaatsanwalt Klein hatte sich zwei Jahre zuvor bereits dadurch unnützlich hervorgetan, daß er eine Anzeige des Schriftstellers Jürgen Roth gegen den Faschisten Kosbab wegen Volksverhetzung solange verschleppte, bis dieser Faschist wegen "Verjährung" um seinen Prozeß herumkam. (Siehe "Frankfurter Rundschau" vom 19.1.1979 und 3.2.1979)

Dieser Herr Oberstaatsanwalt beschloß also, die Sache auf den § 90a zu konzentrieren.

Ich will jetzt darauf eingehen, daß dieser einzige Satz der Anklage allein schon drei grundlegende Fehler enthält und selbst einer Überprüfung anhand der eigenen bürgerlichen Gesetzesmaßstäbe nicht standhält.

1.

Es geht hier um die "bildlich mit Text versehene Darstellung". Die Staatsanwaltschaft macht daraus, daß ich **a l l g e m e i n** die BRD mit dem NS-Regime gleichgesetzt habe. Mir geht es jetzt erst einmal darum, daß es in der genannten Darstellung um den konkreten Fall der Volkszählung geht, von einer ungebrochenen Tradition auf einem bestimmten Gebiet die Rede ist.



Als Beispiele für diese ungebrochene Tradition will ich zwei Namen nennen: Friedrich Burgdörfer und Siegfried Koller.

In der Wissenschaft ist übrigens die These der ungebrochenen Tradition nicht ungewöhnlich; ich verweise hier nur z.B. auf das Buch "Der Griff nach der Bevölkerung - Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik" von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte.

Ich bin sehr wohl der Auffassung, daß es die ungebrochene Tradition

Friedrich Burgdörfer (1890-1967)

- 1925 Direktor der Abteilung Bevölkerungs- und Kulturstatistik beim Statistischen Reichsamt der Weimarer Republik
- 1925 und 1933 Volkszählungen mit vorbereitet und ausgewertet
- Nach 1933 Mitarbeit im Ausschuß für Rechtsfragen der Bevölkerungspolitik. Referent beim Rassenpolitischen Amt der NSDAP. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung und der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene
- 1936 Berechnung der "natürlichen Grundlagen der deutschen Wehrkraft"
- 1939 für die Volkszählung Verbindungsmann zwischen Ordnungspolizei/Wehrmacht und Statistischem Reichsamt
- Ab Sommer 1939 Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes
- 1942 Planung eines Reichsinstituts für Bevölkerungswissenschaft und -politik, welches zwecks "Pflege und Stärkung der Volkskraft" die Bevölkerung planmäßig erforschen sollte
- Nach dem 8. Mai 1945 schrieb er Memoranden zur Flüchtlingsstatistik für die USA
- Im Oktober 1945 von den Alliierten aus dem Amt entlassen und Entzug der Lehrbefugnis als Professor, erhielt aber

volle Pensionsbezüge eines Präsidenten

- 1949 erhielt er seine Honorarprofessur zurück
- 1960 wählte ihn die Deutsche Statistische Gesellschaft zum Ehrenmitglied. In der Laudatio schrieb Kurt Horstmann, einer der Direktoren des Statistischen Bundesamtes:

"Burgdörfer ist, wenn auch einige seiner Formulierungen die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik gestützt haben mögen, wissenschaftlich unabhängig und menschlich sauber geblieben. Es darf daran erinnert werden, daß er zwar die Frage nach der rassistischen Abstammung bei der Volkszählung 1939 nicht verhindern konnte, es aber erreicht hat, daß die Antwort in einem verschlossenen Umschlag abzugeben war."

- 1967 schrieb im Nachruf auf Burgdörfer einer seiner Schüler, Gerhard Fürst, der erste Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden: "Die immer kleiner werdende alte Garde der Reichsamt-Statistiker betrauert den Tod eines alten Kollegen. ... Vieles, wofür er gekämpft hat, (ist) Wirklichkeit geworden, auch wenn man dabei der Pioniere von früher nicht mehr gedenkt."

(Alle Angaben und Zitate entnommen aus: Aly/Roth, "Die restlose Erfassung", 1984, Rotbuch Verlag Westberlin)

Siegfried Koller

"Da ist der andere große alte Mann deutschen Volkszählens: Professor Dr. Dr. Siegfried Koller, Gründungs- und Beiratsmitglied der 'Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft'. Als er 1982 in einer Feierstunde im Statistischen Bundesamt zu Wiesbaden das Bundesverdienstkreuz überreicht bekam, da würdigte der langjährige Direktor im Bundesamt und damalige Erste Vorsitzende der 'Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft' Professor Dr. Karl Schwarz die 'Pionierarbeit' Kollers und kritisierte das Parlament: 'Mit großem Bedauern mußte die Bevölkerungswissenschaft zur Kenntnis nehmen, daß es der Bundestag aus nicht verständlichen Gründen abgelehnt hatte, bei der Volkszählung 1961 geburtenstatistische Fragen wie etwa bei den Volkszählungen 1933, 1939, 1950 und 1970 zu stellen. Man befürchtete einen Eingriff in die Intimsphäre'.

... Zusammen mit dem alten NS-Kämpfer Heinrich Wilhelm Kranz veröffentlichte Professor Koller 1941 seinen Beitrag zur Endlösung des Problems der sogenannten 'Asozialen' mit dem Titel: 'Die Gemeinschaftsunfähigen'. Problemlösung: 'Wir verfügen jetzt über die wissenschaftliche

Erkenntnis, daß die Gemeinschaftsunfähigen aus minderwertigen erblichen Anlagen heraus handeln und diese Anlagen in mindestens durchschnittlichem, wenn nicht überdurchschnittlichem Maße weitergeben... Dieser Gefahr muß durch Entziehung der völkischen Ehrenrechte entgegengetreten werden.' Eines dieser Rechte: das 'auf Leben'. Das war das Todesurteil für 1,6 Millionen Deutsche, denn Koller hatte die Zahl der 'Gemeinschaftsunfähigen' auf zwei Prozent der Bevölkerung berechnet.

... Professor Koller, der so die Selektion und Vernichtung der 'Erbkranken' und 'Gemeinschaftsunfähigen' am Schreibtisch vorbereitete, war der Mann, dem unser Bundesamt für Statistik sein Gedeihen verdankt.

... Nach Entlassung aus dem Zuchthaus stieg er rasch zum mächtigsten Mann im Bundesamt für Statistik auf, gleich nach dem Präsidenten. Zu seiner engsten Garde gehörten die Direktoren des Bundesamtes Karl Schwarz, Kurt Horstmann und Hermann Schubnell - alle abwechselnd Vorsitzende der 'Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft'."

Aus: "Die Zeit", Nr. 10, 4.3. 1988

auf den verschiedensten Gebieten gibt, da wäre nur einmal die Justiz und das Militär zu nennen, aber bei der von der Staatsanwaltschaft angegriffenen Stelle geht es um die ungebrochene Tradition in bezug auf die Volkszählung.

2.

Weiter sagt die Anklage, daß ich das NS-Regime mit der BRD gleichsetze. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Nun hat doch der Herr Oberstaatsanwalt hunderte von Flugblättern in Beschlag genommen und hat anscheinend kein einziges gelesen.

Ausdrücklich werden im beschlagnahmten Flugblatt die Unterschiede zwischen den Volkszählungen von 1933/39 und der von 1987 erläutert, aber nicht etwa zur Inschutznahme der Volkszählung '87. Vielmehr sind gerade die Erfahrungen mit der Volkszählung der Faschisten wesentliche Argumente gegen die heutige Volkszählung.

In bezug auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem NS-Regime und dem heutigen Regime in Westdeutschland heißt es im Flugblatt:

"Niemand kann ernsthaft die heutigen Zustände in Westdeutschland mit der Situation 1933-1945 gleichsetzen. Und dennoch drängen sich Parallelen zwischen heute und damals immer wieder auf."

"Niemand", weder ökonomisch (dieselben Besitzer und Besitzverhältnisse in den Fabriken und Banken) noch personell (in vielen Ämtern die alten Staatsanwälte, Staatssekretäre, Polizeioffiziere, Oberstudienräte) noch militärisch (Aufbau der Bundeswehr hauptsächlich durch die alte Nazi-Generalität) noch ideologisch wurde wirklich mit dem deutschen Nazifaschismus gebrochen.

Weiterhin zeigt sich auf dieser Grundlage, daß heute der westdeutsche Staatsapparat moralisch überhaupt keine Skrupel hat, etwa Asyisuchende auszuweisen, die dann verfolgt, eingekerkert oder zu Tode gefoltert werden. Wenn heute noch nicht solche Zustände herrschen wie unter Hitler, dann ist die Ursache hierfür keineswegs eine angeblich neue, demokratische Moral dieses Staates. Vielmehr liegt dies vor allem an der immer noch existierenden Wachsamkeit vieler Völker und auch daran, daß der westdeutsche Imperialismus heute angesichts einer fehlenden revolutionären Massenbewegung solche faschistischen Gesamtzustände noch nicht nötig hat.

Der westdeutsche Staatsapparat: von oben bis unten mit alten Faschisten durchsetzt

Eine konsequente Entfernung der Nazigrößen aus allen Schlüsselpositionen im Staat fand - entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht statt. Im Gegenteil: Der westdeutsche Imperialismus führt nicht nur die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie weiter, sondern sorgt auch für eine personelle Kontinuität in allen wichtigen Bereichen der Politik, Justiz, Verwaltung, Polizei etc.

Sei es der ehemalige Bundeskanzler Kiesinger, der bereits vor 1933 der NSDAP beitrug (Mitgl. - Nr. 2 633 930) und einer der entscheidenden Organisatoren der nazistischen Auslands-Rundfunkpropaganda war, sei es der ehemalige Bundespräsident Lübke, der als KZ-Baumeister mit der Leitung des Aufbaus der Außenlager Leau und Neu-Staßfurth des Konzentrationslagers Buchenwald 1944 betraut war, oder seien es der ehemalige Bundespräsident Carstens - Mitglied der SA und der NSDAP sowie Offizier der Wehrmacht - und der frühere Bundeskanzler Schmidt - ehemaliger Offizier der Hitler-Wehrmacht -, sie stehen nur beispielhaft für die vielen Politiker Westdeutschlands, die ihre entscheidende "Ausbildung" bereits vor dem 8. Mai 1945 erhalten haben.

Die westdeutschen Geheimdienste wurden mit Hilfe von Gehlen aufgebaut, der den Spionageapparat Hitlers nach Osteuropa hin leitete. Gehlen wurde Chef des Bundesnachrichtendienstes BND. Die westdeutsche Polizei und der Bundesgrenzschutz wurden von Kadern aufgebaut, die in Gestapo, SS und SD waren.

In der westdeutschen Justiz fanden sich noch 1968 über 800 Juristen, die schon in der verbrecherischen faschistischen Justiz Hitlers ihrem Handwerk nachgegangen waren.

1968 waren noch 520 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Dienst beschäftigt.

Im Jahre 1958 stammten 12 900 Offiziere der Bundeswehr aus der Wehrmacht. Hitlers Generale schufen im "Amt Blank" die Bundeswehr bzw. bereiteten ihre Schaffung und Gründung vor.

Diese Liste ließe sich noch fortführen, sie belegt: Der westdeutsche Staatsapparat ist seit der Gründung der Bundesrepublik bis heute von oben bis unten mit alten Faschisten durchsetzt.

Daß wir heute noch nicht die gleiche Situation haben wie bei der Volkszählung von 1939 ist kein Argument gegen den aktiven Kampf gegen die heutige Volkszählung. Ganz im Gegenteil lehrt gerade die Geschichte der Nazizeit, daß so früh wie möglich und so massiv wie möglich alle Angriffe auf erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen zurückgeschlagen werden müssen. Daß wir in Westdeutschland nicht gerade erst am Anfang einer faschistischen Entwicklung stehen, zeigt schon der alltägliche Faschismus, wenn wöchentlich Asylager angezündet werden, Kollegen aus der Türkei von Nazibanden auf offener Straße erschlagen werden, Demonstranten von der Polizei niedergeknüppelt oder gar zu Tode gefahren werden, Nazimörder freigesprochen werden."

Aus der grafisch sinnfällig dargestellten Verbindung zwischen deutschem Faschismus und dem heutigen Staat der "Bundesrepublik Deutschland" wird plump eine Gleichsetzung gefolgert.

Folgt man der Logik des Staatsdieners Klein, dann müßte ja eigentlich der Innenminister Zimmermann vor Gericht gestellt werden. Denn der behauptet ja, bei keiner einzigen der 19 Volkszählungen seit 1871 sei das Statistikgeheimnis gebrochen worden. Er zieht hier eine Linie von 1871 bis heute und setzt damit ausdrücklich die Volkszählungen von 1933/1939 mit der heutigen Volkszählung gleich.

Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der faschistischen Wehrmacht

Eine besondere Rolle für den Wiederaufstieg des westdeutschen Imperialismus spielte die Gründung der Bundeswehr 1956. Dies widersprach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, das für "immer der Wiedergeburt oder Reorganisation des deutschen Militarismus" vorbeugen wollte.

Bereits 1945 wurden durch die westlichen Besatzungsmächte die in ihrem Gewahrsam befindlichen Führungskräfte der Hitler-Wehrmacht zusammengefaßt und so deren Struktur bewahrt. In der "Deutschen Sektion" bei der Historischen Abteilung des Hauptquartiers des US-Heeres in Europa waren führende Generäle und hohe Generalstäbler der faschistischen Wehrmacht vereinigt, die bereits in den ersten Nachkriegsjahren Pläne für den Aufbau einer künftigen westdeutschen Armee ausarbeiteten.

Als im September 1946 der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg gegen das Veto des sowjetischen Richters erklärte, daß das Oberkommando der Wehrmacht und der ehemalige deutsche Generalstab keine verbrecherischen Organisationen gewesen seien, wurden die faschistischen Generäle auch formal rehabilitiert.

Das sogenannte "Amt Blank", Vorläufer des Bonner Kriegsministeriums, das fast völlig aus Generalstabsoffizieren Hitlers bestand, arbeitete die genauen Pläne zur Schaffung der Bundeswehr aus und bereitete deren Bildung und Gründung vor. So wurden z.B. detaillierte Anweisungen für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten gegeben, die sich u.a. nach dem früheren Dienstgrad bei der Waffen-SS richteten.

1955 wurden die ersten 101 Offiziere der neuen westdeutschen Armee offiziell ernannt, nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beträgt die Gesamtstärke 1956 bereits 67 000, 1962 schon 390 000 und ist 1968 mit 457 000 bereits eine der stärksten Armeen Europas. (Quelle: Bundeswehr - Chronik, Fakten, Dokumente, Berlin 1969.)

Mit der Remilitarisierung hatte der westdeutsche Imperialismus neben dem wirtschaftlichen Aufstieg bereits entscheidende Schritte hin zur imperialistischen Großmacht getan.

Mit der Erklärung des Nürnberger Internationalen Militärgerichtshofes, daß die Wehrmacht keine verbrecherische Organisation war, ist zugleich der Bundeswehr mit ihrer Gründung ins Stammbuch geschrieben worden:

Wenn die westdeutschen Monopole es für nötig halten, dann wird die Bundeswehr genauso wie die deutsche Wehrmacht vorgehen, da ist dann nichts "verbrecherisches" dran. Es handelt sich lediglich um "deutsche Pflichterfüllung", wenn im Interesse des Profits und der Großmachtambitionen des westdeutschen Imperialismus die Bundeswehr ebenso vorgeht wie ihre Vorgängerin im zweiten Weltkrieg, in dem 20 Millionen Sowjetbürger ermordet wurden, 6 Millionen Polen, Hunderttausende und Millionen der Völker der Welt ... ●

Mit einer gewissen Logik beruft sich Innenminister Zimmermann auf die unselige Tradition des preußischen Beamtentums seit 1871. Tatsächlich gibt es eine ungebrochene Tradition des deutschen Untertanengeistes, des deutschen Militarismus, des deutschen Ordnungssinnes und der deutschen Gründlichkeit, des Kadavergehorsams, die vom Naziregime ins barbarischste gesteigert wurden. Es gilt heute, sich über diese Eigenschaften und Wesenszüge bewußt zu sein, sie gerade auch als Lehre aus der deutschen Geschichte anzuprangern und zu bekämpfen.

Und schließlich:

Wenn Zimmermann behauptet, das Statistikgeheimnis sei nie, also auch nicht unter der Herrschaft des Hitlerfaschismus, gebrochen worden, so verbreitet er damit zugleich eine schreckliche Lüge. Der verfluchte Aberglawe an den Staat, an seine Allmacht, aber auch an seine angeblich absolute "Korrektheit" bis zum Untergang, soll gestärkt werden, wenn Zimmermann eine solche Lüge verbreitet. Denn natürlich warfen die Nazis Gesetze und Vorschriften über Bord, wenn es darum ging, vom bloßen Sammeln und Erfassen überzugehen zur Vernichtung von Millionen von Juden, Sinti und Roma zunächst in Deutschland, dann in Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, in Frankreich und vielen anderen Ländern.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, die etwa durch die Aussage Heydrichs und durch viele andere Dokumente bewiesen wird, daß das NS-Regime seinen Völkermord mit Hilfe der Ergebnisse dieser Volkszählung durchführte.

MARX UND ENGELS ÜBER DIE PREUSSISCHEN BEAMTEN

Aus der Schicht der Junker rekrutierte sich auch die hohe Beamtschaft. Die Junker übertrugen auch auf dieses Gebiet den Geist des Preußentums, einen kalten, abstoßenden Hochmut und eine völlige Mißachtung der Volksinteressen. Die Beamten unter den preußischen Junkern verwandelten diese Merkmale in den besonderen preußischen „Stil“ des kleinlich pedantischen Bürokratismus. Der Ausdruck „preußischer Bürokrat“ wurde zum Synonym für den widerlichen, alles Lebendige abtötenden Beamtengeist des seelenlosen Mechanismus, der in „genauer Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen“ wirkt.

Der preußisch-deutsche Staat umgab diesen seelenlosen Beamten mit der Aureole einer unanfechtbaren Autorität und forderte von seinen Untertanen widerspruchslose Befolgung der Vorschriften und Verfügungen der Bürokratie. „Jeder ihrer Schritte“, schrieb Marx, „selbst eine einfache Ortsveränderung wird durch den allmächtigen Eingriff der Bürokratie, dieser zweiten Vorsehung echt preußischer Herkunft geregelt. Sie können weder leben noch sterben noch heiraten, weder Briefe schreiben noch denken noch drucken, noch ein Geschäft beginnen, weder unterrichten noch lernen, noch eine Versammlung einberufen, weder eine Fabrik bauen noch auswandern noch irgend etwas anderes tun ohne ‚obrigkeitliche Erlaubnis‘.“¹

„Der preußische Despotismus... stellt mir in dem Beamten ein höheres, geheiligtes Wesen gegenüber... Der preußische Beamte bleibt für den preußischen Laien, d. h. Nichtbeamten stets Priester.“² Die bürokratische Ordnung wird vom preußischen Gendarmen, von der preußischen Polizei bewacht, die den Deutschen auf seinem ganzen Lebenswege, bei all seinen Handlungen und Gedanken, gleich einem Schatten begleitet: „Polizei beim Denken, Polizei beim Sprechen, Polizei beim Gehen, Reiten und Fahren...“ (Engels).

¹ K. Marx, Affairs in Prussia, „New York Daily Tribune“ Nr. 5471 vom 3. November 1858.

² „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 221 vom 14. Februar 1849.

(Aus: Marx und Engels über das reaktionäre Preussentum, Moskau 1947.)

Beweisbar und unbestreitbar benutzten die deutschen Faschisten dazu die Volkszählungsdaten, die damals die deutschen Juden z.B. im geschlossenen Briefumschlag abgeben durften, unter höhnischer Ausnutzung ihres Vertrauens und Glaubens in den Staat.

Nach dieser Darstellung, die eigentlich jedem, der halbwegs gegen das NS-Regime ist, klar sein mußte, fällt es mir schwer, nochmals auf Einzelheiten dieser kläglichen Anklageschrift zurückzukommen. Aber trotzdem noch zwei Gesichtspunkte zur Grafik:

- es handelt sich um eine Grafik, die an der Gesamthochschule Kassel als Arbeit für das erste Staatsexamen zugelassen wurde und mit "sehr gut" bewertet wurde. Hier die Bestätigung des Dekans der Gesamthochschule Kassel des Fachbereichs Kunst.

- was zeigt diese Grafik? Zwei Adler beim Zungenkuß. Kein vernünftiger Mensch kommt auf die Idee, aus solch einer Darstellung eine Gleichsetzung zu machen.

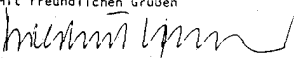
3.

Nun zum dritten grundlegenden Fehler der Anklageschrift. Eigentlich eine Perle in bezug dessen, was sie für Einblicke in die Gedankenwelt eines westdeutschen Staatsanwaltes zuläßt.

Die Verächtlichmachung des Staates bzw. der BRD wird damit begründet, daß ich den Herrn Innenminister zitiere. Wenn also ein Herr Innenminister in nicht staatsgefälliger Weise zitiert wird, da klickt es im Hirn des Herrn Staatsanwaltes und er macht daraus einen Angriff auf den Staat in Abwandlung des absolutistischen Slogans "Der Staat bin ich" in "Der Staat ist der Herr Zimmermann".

Das Gericht wird zu entscheiden haben, ob es inzwischen schon verboten sein soll, solche ungeheuerlichen, dreckigen Lügen eines schon einmal es "Falscheides" überführten Ministers mittels einer unanfechtbaren Beweisführung zu widerlegen und anzuprangern.

Natürlich steht nicht Herr Zimmermann vor Gericht, sondern ich, Redakteur einer kommunistischen Zeitung. Gerichtsurteile gegen kommunistische Propaganda sind nicht erst seit den Berufsverboten in diesem Staat Erstaunliches. Doch der unsägliche Oberstaatsanwalt Klein hat gar nicht die kommunistische Kritik an dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung, an diesem imperialistischen Staat, die Propagan-

GhK		Gesamthochschule Kassel · Universität
Gesamthochschule Kassel, FB 22 · Postf. 10 13 80 · 3500 Kassel		Fachbereich 22 Kunst
Herrn Walter Hofmann Homburger Landstraße 52 6000 Frankfurt/M. 50		- Der Dekan - Prof. Friedrich Salzmann Menzelstraße 15 D-3500 Kassel (05 61) 80 40, Durchw. 804 5320 Telex: 99 572 ghkks d Zimmer-Nr. _____ Sekretariat 804 5358 Zimmer-Nr. _____ Aktenzeichen Sa/Boe Datum: 10.06.1988
Sehr geehrter Herr Hofmann,		
hiermit bestätige ich Ihnen nach Rücksprache mit Herrn Prof. Reiner Kallhardt, daß die von Ihnen genannte Grafik mit dem Titel "Zungenkuß" Bestandteil der Examensarbeit war, die Herr Thomas Urban Müller vom Fachbereich Kunst der Gesamthochschule Kassel erfolgreich bestanden hat.		
Mit freundlichen Grüßen  (Prof. Friedrich Salzmann)		

da für die sozialistische Revolution aufs Korn genommen. Vielmehr lag es ihm am Herzen, ausgerechnet anzuklagen, was zu vertreten durchaus Sache jedes aufrechten Demokraten ist.

Verurteilt werden soll also keinesfalls nur ich, Redakteur der marxistisch-leninistischen Zeitschrift "Gegen die Strömung". Vielmehr wird das Urteil auch richtungsweisend dafür sein, wie etwa mit jenen jüdischen Volkszählungsboykotteuren umgesprungen werden soll, die eben gerade auch angesichts der Erfahrungen mit der verbrecherischen Verwendung der Volkszählungen von 1933/1939 ihre strikte Ablehnung der Volkszählung von heute begründen.

Allen, die den Mut haben, die Wahrheit über deutliche Parallelen damals und heute, über mögliche Gefahren laut zu sagen, soll mit solchen Urteilen ein Knebel angelegt werden, ihnen soll die staatliche Macht demonstriert und der Mund verboten werden.

Ich bin aber überzeugt, daß wirkliche demokratische, revolutionäre und kommunistische Kräfte sich davon nicht einschüchtern lassen, sondern gegen die Strömung ankämpfen werden. ■



»Die unkalkulierbarsten, störendsten Präsenzen in der Hauptverhandlung sind die des Angeklagten und seines Verteidigers.«

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN VON "GEGEN DIE STRÖMUNG",
LIEBER GENOSSE WALTER HOFMANN,

wir haben den Prozeß gegen Euren Redakteur mit Aufmerksamkeit und Solidarität verfolgt.

Eure treffende Propaganda zur Kontinuität des deutschen Imperialismus, seine ungebrochene Tradition vom Hitler-Faschismus bis heute am Beispiel der Volkszählung hat uns sehr ermutigt.

Walter Hofmann hat durch sein konsequentes Auftreten vor Gericht, auch durch sein geschicktes Ausnutzen der Öffentlichkeit, vielen Menschen an einem Punkt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus gezeigt.

Dies ist ein Erfolg, der wichtiger ist als die Frage Freispruch oder Verurteilung!

Mit solidarischen und kämpferischen Grüßen,

Euer WESTBERLINER KOMMUNIST

P.L.B. / Erschließungsort Wien / Verlagsgesellschaft Wien 1164

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 230 Ausgabe März 1988 S. 16

FÜNFZIG JAHRE ANNEXION ÖSTERREICHS DURCH HITLERDEUTSCHLAND:

Von Dollfuß-Schuschnigg am Ballhausplatz zu Hitler am Heldenplatz bis Waldheim in der Hofburg führt eine direkte Linie!

Als vor nunmehr 50 Jahren die Truppen Hitlerdeutschlands Österreich überfielen und seine eigenstaatliche Existenz für einen langen, blutigen Jahre auslöschten, führten sie ein Unternehmen zu Ende, das innerhalb Österreichs lange und gründlich vorbereitet worden war - nicht nur von außen, sondern auch von innen: der österreichischen Bevölkerung.

Die 1934 mit den Kanonen des österreichischen Bundesheeres zusammengebrochene und 1938 ohne einen einzigen Schuß von Hitlerdeutschland kassierte Erste Republik ging in einem System zugrunde, dessen Verlogenheit und demagogische Heuchelei ebenso notorisch war wie seine reaktionäre Gewalttätigkeit. Den österreichischen Menschen wurde die Überbereitschaft, Mühsamkeit und Zurechtweisung, Besonnenheit und Verzicht gegenüber dem System, das man ihnen alle Lasten einer medialen Verlogenheit aufbürdete und sich eine ohne Schlichte mediale Verlogenheit und Kanonen aufbauen ließ, als die Arbeitungsform - viel zu spät - für ihre Lebensinteressen in den Kampf trat.

Dieses System und seine Repräsentanten, die den Interessen des Volkes nicht nur vernünftiges Leid, viele Jahre dauernde Massensystemlosigkeit, ja soziale Ausgrenzung bescherten und den Widerstand gegen blutige Niederschmetterungen, tragen auch eine gerechte nachträgliche Verantwortung. Sie haben, daß die auf der

vorstand getriebene soziale und nationale Demagogie der Nazis schließlich bei großen Teilen des Volkes den breitesten Echo fand und auch vorantrieb. Die weichen Schichten bei vielen in kürzester Zeit weggeschwemmt. Die verarmte Schicht der damals noch revolutionären SPD ging in einer Flut antikomunistischen Geschrei unter, in dem sich insbesondere auch die Sozialdemokraten als Hauptverantwortliche für die Dekapitation Österreichs durch Hitlerdeutschland verantworten ließen.

Der "Patriotismus" des faschistischen Schuschnigg-Regimes aber war nichts als ein reaktionärer Begleiterscheinung zum Betrug an den Massen, in Grunde nur die "grüne", ständestaatliche Spielart der faschistischen Ideologie der Nazis, die sich zunächst nur stärker auf das chauvinistische Italien Mussolini orientierte. Mit der chauvinistischen Wende von der "besonderen Mission" Österreichs als "zweiter deutscher Staat" arbeitete die Dollfuß und Schuschnigg der großdeutschen "Mission" - Propaganda direkt in die Hände. Und vor die Wahl gestellt, gegen die Hitlerfaschistische Aggression militärischen Widerstand zu leisten, wozu die Mobilisierung der Volksmassen und die Gewährung einer Bürgerlich-demokratischen Freiheit nötig gewesen wäre, oder aber der Nazi-Truppen kampflos die Grenzen zu öffnen, übertrugen die reaktionären Nachbarn Österreichs nicht, letzteres

PROLETARIEN ALLEN LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIEN ALLEN LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKERN VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nummer 31 September 1985 Preis DM 3,50

ZUM 8. MAI 1985:

'VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG' IM DIENST DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

politisches Ereignis hat in solche Wellen geschlagen, die, der 40. Jahrestag der Befreiung von der faschistischen Wehrmacht, die Bedeutung der "Licht aus Anlaß" es verdient haben, nicht in der aktuellen

deutsche Faschismus als Instrument des deutschen Imperialismus durch seine Verbrechen an der Fortsetzung seiner Verbrechen an den Völkern gehindert wurde, mit dem Mantel der "christlichen Nächstenliebe" den abgrundtiefen Eid zwischen Tätern und Opfern zuzudecken.

AUS DEM INHALT

Zum "Oppositionellen" 8. Mai	S. 13
Der 8. Mai in der DDR	S. 24
Freispruch für türkischen Faschisten im TIO - Prozeß	S. 35
Zur Beteiligung des deutschen Imperialismus am Völkermord in Armenien	S. 41
Unterstützt den bewaffneten Kampf gegen Rassismus und Imperialismus in Südafrika	S. 52

Versuch der "jener Folgerin" nach dem

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG MIT GENOSSEN WALTER HOFMANN,

REDAKTEUR VON "GEGEN DIE STRÖMUNG", ANLÄSSLICH DES STRAFPROZESSES

AM 22. JUNI 1988

Die Klassenjustiz des westdeutschen Imperialismus hat Genossen Walter Hofmann angeklagt, "die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben". Damit wird die Wahrheit reaktionär verdreht. Denn die "Bundesrepublik Deutschland", d.h. der Staat des westdeutschen Imperialismus muß wirklich nicht durch "Beschimpfung" erst "verächtlich gemacht" werden. Die Wahrheit über diesen Staat aussprechen und verbreiten, die Tatsachen der Verbrechen der herrschenden Klasse Westdeutschlands aufzeigen, bedeutet notwendig, zu zeigen, daß dieser Staat mit allem, was er repräsentiert und macht, verächtlich ist, daß er nur wert ist, in der proletarischen Revolution zerschlagen zu werden !

Mit dem Strafprozeß gegen Genossen Walter Hofmann soll die Verbreitung der Wahrheit unterdrückt werden, daß zwischen der Volkszählung der Hitlerfaschisten 1939 und der Volkszählung des westdeutschen Imperialismus 1987 tatsächlich eine ungebrochene Tradition besteht, die in der graphischen Verbindung zwischen dem "Reichsadler" des deutschen Faschismus und dem "Bundesadler" des westdeutschen Imperialismus graphisch sinnfällig dargestellt wird.

Im Vorgehen der bundesdeutschen Klassenjustiz selbst zeigt sich die ungebrochene Kontinuität imperialistischer Herrschaft vom Hitlerfaschismus bis heute. Während der SS-Mann Wolfgang Otto, der auf direkte Weisung Hitlers den Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, ermordete, in der Bundesrepublik noch immer auf freiem Fuß ist und den Schutz der Staatsorgane genießt, während im Maidanek-Prozeß hohnsprechend geringe Urteile verhängt wurden, werden Antifaschisten, Revolutionäre und Marxisten-Leninisten mit rücksichtsloser Härte verfolgt.

Hinter dem Prozeß gegen Genossen Walter Hofmann steht der Haß der Herrschenden in Westdeutschland gegen das marxistisch-leninistische Organ GEGEN DIE STRÖMUNG. Diese erneute Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahme zeigt, daß die konsequente Entlarvung der Verbrechen und der unverändert aggressiven und kriegstreiberischen Ziele des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus die westdeutschen Machthaber wirklich trifft und sie entschieden stört.

Wie auch immer dieser Prozeß ausgehen mag. Ganz gewiß wird sich dadurch nichts an der unversöhnlichen und revolutionären Haltung von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Todfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland, an der Entschlossenheit zum prinzipienfesten Kampf für den Aufbau einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei als entscheidendes Instrument des Proletariats zur gewaltsamen Zerschlagung des Staats des westdeutschen Finanzkapitals in der siegreichen proletarischen Revolution ändern.

Als Marxisten-Leninisten Österreichs solidarisieren wir uns leidenschaftlich mit Genossen Walter Hofmann und allen Genossinnen und Genossen von GEGEN DIE STRÖMUNG.

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

MLPÖ

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ), Medieninhaber,
Verleger und Hersteller: Franz Strobl, Belde 1150 Wien, Goldschlagstraße 56/2.
Adresse der Redaktion ebenda, Verlags- und Herstellungsort: Wien.

VOLKSZÄHLUNG 1939

Welche Möglichkeiten eine Volkszählung als Instrument der Überwachung und Unterdrückung bietet, zeigt gerade die faschistische Volkszählung von 1939:

Kriegsvorbereitung und systematische Massenvernichtung der Juden wären nicht möglich gewesen ohne die Volkszählungen der Hitlerfaschisten von 1933, 1939 und in den folgenden Jahren in den gewaltsam eroberten Ländern und Gebieten. Die perfektionistische Erfassung der Ausländer, der Juden, aber auch aller anderen für die Faschisten "lebensunwerten" Minderheiten wurde zu Ende geführt bis zur Numerierung der KZ-Häftlinge, bis zu deren endgültiger Vernichtung. Wofür die Hitlerfaschisten die Volkszählung brauchten, offenbart das Protokoll einer Sitzung, zu der sich - unmittelbar nach Beginn des 2. Weltkriegs - am 6. September 1939 die Spitzen aller wichtigen Ministerien im Statistischen Reichsamt trafen:

"Das Reichsernährungsministerium und der Reichsnährstand legten größten Wert auf beschleunigte Erstellung der Zahlen über die Wohnbevölkerung in ihrer Gliederung nach Geschlecht und nach den Altersklassen der Kinder und Jugendlichen, und zwar für die einzelnen Gemeinden, weil diese Zahlen die wesentliche Unterlage für die Bewirtschaftung der verfügbaren Nahrungsmittel bilden. Die Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsführers SS hielten die Fertigung von Namenslisten für die Ausländer und die Personen mit fremder Volkstumszugehörigkeit sowie die Auszählung der Juden und jüdischen Mischlinge für ihre Arbeiten als durchaus vordringlich."

(Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, StaMi, d.M. 618/398, in: Aly, Roth, "Die restlose Erfassung", Rotbuch Verlag, Berlin, S. 25.)

Lügen von "Datenschutz" und "Statistikgeheimnis" 1939 und 1987

Nicht erst heute sind der "geschlossene Briefumschlag", die "Diskretion der Zähler", der "Verzicht auf Fragen nach dem Einkommen" Mittel und Versuch, die Bevölkerung zu beruhigen. Bereits 1939 setzten die Faschisten bei ihrer Volkszählung auf diesen Betrug.

So wurde bei der Volkszählung von 1939 den Juden angeboten, den beantworteten Zusatzbogen in einem geschlossenen Umschlag abzugeben. In den "Notizen für die Unterweisung der Zähler bei der Probeerhebung zur Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1938" wurde den Zählern geraten, bei Auskunftsverweigerung u.a. wie folgt vorzugehen: "Hinweis auf die Bestimmung über Verschwiegenheit. Unter Umständen können die Erhebungspapiere in einem verschlossenen Umschlag abgegeben werden. Hinweis auf Strafen, aber besser Appell an den guten Willen." (Quelle: Archiv des Statistischen Amtes in Warschau, zitiert in: TAZ vom 17.2.87)

Dieser zynische Betrug wurde fortgesetzt, obwohl ganz klar war, daß die SS und das Reichsinnenministerium die Volkszählung speziell der Juden in Auftrag gegeben hatte. Einziger Zweck dieses vorgetäuschten "Datenschutzes" war, die potentiellen Opfer in Gutgläubigkeit zu wiegen, um durch die scheinbare Anonymität "unbedingt zuverlässige Angaben zu erleichtern und sicherzustellen" (Quelle: Berlin Document Center, Akte Korherr, zitiert in: Aly, Roth, "Die restlose Erfassung", Rotbuch Verlag, Berlin, S.25).

Polizei und Gendarmerie "hatten die Zählung nach Kräften zu unterstützen", sollten aber wohlweislich nicht in Erscheinung treten. "Um etwaiges Mißtrauen in der Bevölkerung zu bekämpfen, (war) mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß jedes Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ausgeschlossen ist" und die Zähler "gegen jedermann zur Verschwiegenheit verpflichtet" seien (Quelle: Ministerblatt des Reichs- und Preußischen Ministerium des Inneren, 1938, S.369 f., zitiert ebenda, S.24).

Wir wissen heute, wohin das "Vertrauen in den Staat" damals geführt hat: Vernichtung der Juden, Vernichtung von Sinti und Roma, von Antifaschisten, von Homosexuellen, Euthanasie zur Vernichtung "unwerten Lebens".

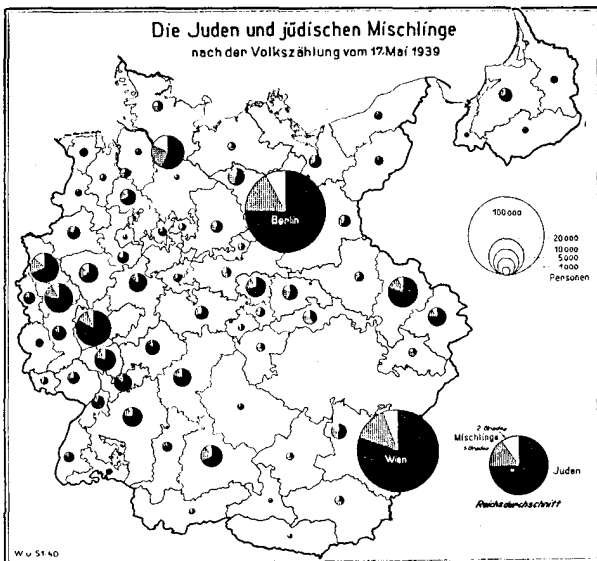
Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:

"Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt...Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung."

(Aus: "Vorsicht Volkszählung 87", Münster, S.10.)

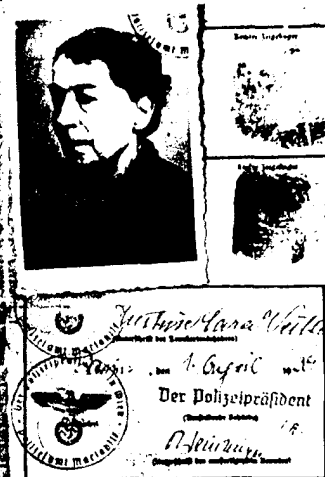
Am 18.10.1983 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht:

"Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses." (Ebenda, S. 8.)



Kennart:	W 111
Kennnummer:	5005022
Gültig bis:	31. März 1941
Name:	Wally
Vorname:	Wally
Geburtsdatum:	21. September 1867
Geburtsort:	Wuppertal
Beruf:	Lehrer
Unverheiratete Kreuzzüchter:	Nein
Verheiratete Kreuzzüchter:	Nein
Bezeichnung:	EVAKUIERT
am:	27. Okt. 1941

Kennkarte für Juden



BUCHLADEN Georgi Dimitroff

KOBLENZER STR. 4 (GALLUSVIERTEL), FRANKFURT

ÖFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag: 15.30-18.30 Uhr, Dienstag geschlossen
Samstag: 9-14 Uhr

In deutscher, türkischer sowie in anderen Sprachen erhältlich:

- Antimperialistische Literatur insbesondere über den westdeutschen Imperialismus
- Antifaschistische Literatur
- Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin

NOTIZEN ÜBER DEN PROZESSVERLAUF

Nach der üblichen Feststellung der Personalien und der Verlesung der bereits schriftlich vorliegenden Anklageschrift erhält Walter Hofmann das Wort. Mehr die Zuschauer als den Richter ansprechend, nimmt er zur Anklage Stellung und zeigt einerseits die Willkür der Anklage auf und weist andererseits die ungebrochene Tradition zwischen der Volkszählung von 1939 und 1987 nach. Er wird bei seiner Rede mehrmals vom Richter unterbrochen.

Richter: Würden Sie Ihre Aussage konkreter machen. Sagen Sie etwas dazu, daß Sie die Publikation, die in der Anklageschrift erwähnt wurde, selbst verteilt haben?

W. Hofmann: Dazu habe ich bereits Stellung genommen, als ich sagte, daß ich das Flugblatt "Kampf der Volkszählung" in Offenbach selbst verteilt habe.

Richter: Ich habe hier in den Akten eine Zeitung, da gibt es die Seiten 1, 2 und 5, 6. Gibt es auch eine Seite 3 und 4?

W. Hofmann: Ja, Sie müßten diese Seiten doch haben, die Polizei hat doch genügend Exemplare beschlagnahmt.

Gelächter.

Richter: Und ist es richtig, daß Sie nach der Beschlagnahme dasselbe Symbol nochmals in groß als Plakat herausgebracht haben?

W. Hofmann: Es entspricht meiner Auffassung, gerade dann nicht klein beizugeben, daher wurde die Sache nochmals als Plakat herausgebracht.

Richter: Und da gibt es in den Akten noch einen kleinen gummierten Aufkleber - haben Sie das auch selbst gedruckt?

W. Hofmann: Darauf gehe ich nicht ein.

Richter: Also, das haben Sie sich beschafft, irgendwie und irgendwoher.

W. Hofmann: Ich habe mein bestmöglichstes getan, um die Sachen zu verbreiten.

Richter: Gut, das ist klar, aber fahren Sie erstmal fort.

Nachdem W. Hofmann die Passage des Flugblattes, die klar beweist, daß von einer Gleichsetzung der BRD mit dem Hitlerfaschismus keine Rede sein kann, vorgelesen und interpretiert hat, unterbricht ihn Richter Henrici zum zweitenmal:

Richter: Diese Passage gibt es in der Zeitung nicht.

W. Hofmann: Doch, diese Passage ist enthalten, das ist die Seite, die Ihnen fehlt.

Richter: Eine andere Passage ist enthalten:

Mit einem Teilkampf wie dem gegen die Volkszählung können diesem Staat natürlich n i c h t die Zähne gezogen werden. Nur wer auf lange Sicht die Frage nach der VÖLLIGEN ZERSCHLAGUNG dieses innerlich korrupten, parasitären und verbrecherischen Staatsapparates des westdeutschen Imperialismus stellt, nur der wird auch verstehen, daß Erfolge und Niederlagen in einem Teilkampf wie dem gegen die Volkszählung lediglich Teile und Stückchen auf einem langen Weg sind. Heute kommt es vor allem darauf an, Aktionsformen und Pläne zu entwickeln, an denen sich möglichst umfassend gerade auch die werktätigen Massen beteiligen, Erfahrungen sammeln und neue Kampfmethoden erproben können.

W. Hofmann: Ich bedanke mich für diese Ergänzung, Das ist eine ganz wesentliche Passage für meine politische Auffassung. Ich bin aber noch nicht fertig.

Walter Hofmann fährt in seiner Rede fort.

Letzte Meldung

Am 24.6. wurde der verantwortliche Redakteur von GEGENDRUCK, einer alternativen Zeitung aus Karlsruhe vor Gericht gestellt und verurteilt.

In einem Artikel der Zeitung, in dem der staatliche Schutz für Skinheads bei ihren faschistischen Taten aufgedeckt wurde, diente die Grafik der beiden zungenküssenden Adler als Illustration.

Auch das Gericht in Karlsruhe sah darin eine Verunglimpfung der BRD und verurteilte den Redakteur zu 30 Tagessätzen zu je 15 DM.

Richter: Sie nehmen Bezug auf das Heydrich-Zitat. Das ist mir nicht aus sich heraus verständlich. Haben die Nazis denn auch in Polen, in den besetzten Staaten eine Volkszählung dort durchgeführt? Das geht aus dem Zitat nicht hervor, oder bin ich da schlecht informiert?

W. Hofmann: Sie sind schlecht informiert. Die Nazis haben in Polen nach der Besatzung eine Erhebung durchgeführt.

Nach Beendigung der Rede von Walter Hofmann stellte der Rechtsanwalt Eschen weitere Beweisanträge.

Nachdem die Beweisaufnahme abgeschlossen war, ergriff der Oberstaatsanwalt Klein das Wort. Er versuchte, sich als aufrechten Demokraten darzustellen, der durchaus eine "gewisse Kontinuität" als Tatsache anerkenne.

Oberstaatsanwalt Klein: Der Angeklagte wird sich wundern, wenn ich feststelle, daß ich in Wertung der Tatsachen gar nicht so weit von ihm entfernt liege. Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem das Recht besteht, seine Meinung und seine Kritik - auch massive Kritik - zu äußern. Das ist nicht nur im Grundgesetz in entsprechenden

Artikeln festgehalten, das bestätigt nicht zuletzt die Rechtssprechung durch das Bundesverfassungsgericht. Dieses Recht kann jeder in Anspruch nehmen - die Frage aber ist wann dieses Recht überschritten ist. Die Freiheit der Meinungsäußerung existiert nicht grenzenlos.

Dem Angeklagten ist zuzubilligen, daß in bestimmten Punkten, insbesondere in personeller Hinsicht, eine gewisse Kontinuität besteht. Das ist eine Tatsache, die feststeht, die kann man überhaupt nicht negieren. Das trifft in der Medizin, Justiz und auch Verwaltung zu. Es ist nur die Frage, in welcher Weise, in welcher zulässigen Weise man darauf hinweisen darf. ...

Beweisantrag

Es wird beantragt,

den Historiker Dr. Götz Aly, zu laden über den Rotbuch-Verlag Berlin, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30,

als Sachverständigen zu hören.

Der Sachverständige wird bekunden, daß das Statistische Bundesamt sowohl institutionell wie auch personell Nachfolger des Statistischen Reichsamtes ist, daß das Statistische Bundesamt im wesentlichen nach den gleichen Prinzipien organisiert ist, wie das Statistische Reichsamt und dort zunächst im wesentlichen die gleichen Personen, wie im Statistischen Reichsamt mit dem Aufbau und der Leitung des Statistischen Bundesamtes befaßt waren, daß diese Personen darüber hinaus im wesentlichen auch die Ausbildung der Folgegenerationen der Bediensteten der Statistischen Ämter der Bundesrepublik Deutschland bestimmt haben und insofern tatsächlich von einer "ungebrochenen Kontinuität und Tradition" gesprochen werden kann.

Dr. Aly ist besonders geeignet, weil er umfassende historische, wissenschaftliche Untersuchungen gerade über die Kontinuität von Institutionen der Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgerin des Deutschen Reiches erstellt hat. Er hat das Ergebnis dieser Arbeiten in zahlreichen Publikationen veröffentlicht, darunter sein im Rotbuch-Verlag Berlin erschienenen Buch "Die restlose Erfassung", gemeinsam verfaßt mit Karl-Heinz Roth - Rotbuch 282.

Desweiteren beantrage ich,

Herrn Privatdozenten Dr. Ingo Müller, zu laden über die Universität Bremen, 2800 Bremen,

als Sachverständigen zu hören.

Der Sachverständige ist Hochschullehrer an der Universität Bremen und Rechtshistoriker mit dem Schwerpunkt des Rechtswesens im Deutschen Reich der Nazizeit und ihren Auswirkungen, insbesondere den Fragen der personellen und sachlichen Kontinuität des Staats-, Rechts- und Verwaltungssystems in der Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgerin des Deutschen Reiches. Der Sachverständige hat durch Forschungen und zahlreiche Veröffentlichungen nachgewiesen, daß eine solche Kontinuität im Bereich der Bundesrepublik Deutschland jahrzehntelang teils bewußt gefördert, teils geduldet wirksam war, und daß die in dem dem Angeklagten zur Last gelegten Schriftstück zu Tage tretende Befürchtung hinsichtlich einer möglichen Kontinuität zwischen beiden Systemen durchaus reale Anknüpfungspunkte hat.

durch die Gleichsetzung bzw. Verbindung des Bundesadlers mit dem Reichsadler und dem dazugehörigen Text wird die Bundesrepublik Deutschland mit dem verbreiteten NS-System gleichgesetzt.

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
- 50 Js 14.000

wird angeklagt,

im April und Mai 1987
in Frankfurt am Main,
Offenbach, Eltville, Pforz
Zülpich, Aachen, Düsseldorf,
Kiel und anderen Orten der
Bundesrepublik Deutschl.

LAGESCHRIFT:

Der Drucker Winfried Walter

Vergehen, strafbar nach §§ 90a Abs. I Ziff. 1, 74a, 74b
Strafgesetzbuch,
§§ 4, 12 Hessisches Pressegesetz
die Bundesrepublik Deutschland beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben.

II. Richterlicher Augewertung

1. sichergestellte Flugblätter,
2. Aufkleber
3. Zeitschrift "Gegen die Strömung"

- asserviert unter LdÜ-Nr. 4141/87,
4492/87, 4492/87 bei der Staatsanwaltschaft

(Klein)
Oberstaatsanwalt

Wenn sich Herr Hofmann darauf beschränkt hätte, eine solche Gegenüberstellung vorzunehmen und daraus gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen, diese Anklage wäre nicht erhoben worden. Es geht vor allem um die pauschale Beurteilung. Diese empfinde ich nicht nur als Beleidigung der BRD, sondern auch als persönliche Beleidigung.

Der Angeklagte ist über das Ziel hinausgeschossen. Das Maß der Schuld und die Höhe der Strafe liegt auf der Hand. Unter Berücksichtigung der Argumente, die für ihn sprechen, folgt daraus eine Geldstrafe. Ich suche nach einem entsprechenden Wort für seine Gesinnung - ich will ihn nicht in den Ruf eines Gesinnungstäters bringen, aber ich will auch nicht das Wort "ehrbare Gesinnung" berücksichtigt wissen. Ich will es einfach so werten, daß er über das Ziel hinausgeschossen ist. Ich beantrage eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen, im Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse des Angeklagten beantrage ich die Höhe des Tagessatzes auf DM 10.- festzulegen.

Im Anschluß an den Auftritt des Oberstaatsanwaltes hielt Rechtsanwalt Eschen sein Plädoyer:

Rechtsanwalt Eschen beantragte zu Beginn, den Angeklagten freizusprechen. Unbeschadet der sonstigen Inhalte des Flugblattes hat Herr Hofmann bereits dargestellt, was er darstellen wollte und was nicht. Aus journalistischer und politischer Sicht, und auch einfach als politisch interessierter Mensch ist ein solcher Prozeß immer willkommen. So ein Prozeß, egal, wie er ausgeht, trägt zur Bewußtseinsbildung bei, ermöglicht, bisherige Urteile zu überprüfen. Aber solche Prozesse haben auch eine negative Funktion wegen ihrer einschüchternden Zielsetzung. Es ist so, wie Tucholsky sagt, wenn jemand in Deutschland was Kluges sagt, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und ist beleidigt. Jeder scharf formulierte Standpunkt wird so nicht Anstoß zur politischen Auseinandersetzung, sondern zum Vorwand, dagegen vorzugehen.

An sich ist die Absurdität der Verunglimpfung des Staates ein Produkt von Weimar. In der Folge der Majestätsbeleidigung versuchte ein schwacher Staat, die eigene Legitimität zu sichern.

Die Nazis haben den Paragraphen dann zur extremen Anwendung, zur Verfolgung ihrer Herrschaftsinteressen gebracht. Der Sturz der Nazi-diktatur war dann nur außerhalb jeglicher Legalität möglich.

Der Staatsanwalt sprach Herrn Hofmann ehrbare Motive nicht ab, sagte aber, er sei übers Ziel hinausgeschossen. Das zeigt, daß Herr Hofmann richtig liegt. Er hat einen richtigen Gedanken so weit fortgeführt, daß eine Auseinandersetzung möglich wurde. Er hat zum Mißtrauen gegen die Volkszählung aufgerufen.

P. b. b. / Anzeigengestaltung Wien / Verlagspostamt Wien 1180

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 210 2. Ausgabe 1983 Preis S 28,-

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE

BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR!

Noch vor der Konstituierung der ungeschätzten ihres Namens ebenso wie sozialistischen wie freiheitlichen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ nach den Nationalratswahlen im April 1983 hat besonders eine "Affäre" in der politischen Öffentlichkeit Österreich einen - allerdings rasch vorübergehenden - "Wirbel" verursacht: Gemäß dem hinter den Kulissen ausgeschachteten "Koalitionsabkommen" zwischen SPÖ und FPÖ sollte kein anderer als der berühmte SS-Peter zum 3. Nationalratspräsidenten bestellt werden.

Wer SS-Peter ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Peter gehörte als "SS-Obersturmführer" einer SS-Verbindung an, die während des 2. Weltkriegs in den faschistisch besetzten Gebieten Russlands, im "Hinterland" der hitlerfaschistischen Aggression nur einer einzel-

Der Inhalt

Die bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus hervor	1
1. Die bürgerliche Demokratie - Demokratie der bürgerlichen Geldmacht, die die kapitalistische Gesellschaft, die die Arbeiterklasse und die unterdrückten Nationen	2
2. Die bürgerliche Demokratie und Faschismus - Zwei Formen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie	12
3. Die Fälschung der bürgerlichen Demokratie - Ein Grundgesetz der Herrschaft der Finanzkapitale	19
4. Sozialismus und Sozialismus - Wegweiser der Arbeiterklasse	40
5. Der Aufstieg der marxistisch-leninistischen Partei, die eine revolutionäre Organisation der Massen, die die politische Revolution und die Errichtung der Proletariats	45
Abkürzung von unseren Redaktionen "Rote" Fachblätter	49
Stille und der internationalistische Proletariat	52
Der 1. Mai-Feiertag 1983	57
Der die einheitlich sozialistische Solidarität	62
Wie das bürgerliche Volk in seinen nationalen und sozialen Befreiungskampf	71

Die Durchführung der Volkszählung machte selbst deutlich, daß Mißtrauen notwendig und gerechtfertigt war. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil gesagt, daß für eine so umfassende Datenerfassung durch die staatlichen Behörden das Vertrauen der Bevölkerung notwendig sei. Tatsächlich herrschte in weiten Teilen der Bevölkerung ein fundiertes, solides, durch die Erfahrung mit staatlichen Behörden geprägtes Mißtrauen.

Herr Hofmann spricht von ungebrochener Tradition. Das ist erwiesen. Es wurden Personen mit gleicher Berufsauffassung in das Bundesamt für Statistik übernommen. Die Gefahr liegt nicht darin, daß diese alten Beamten immer noch Nazis sind und Juden verfolgen, sondern in der Auffassung der eigenen Berufstätigkeit. So wie die Statistiker sich als unpolitische, reine Datensammler verstehen, so verstanden sich die Juristen als unpolitische Paragraphenanwender. Daraus resultiert die Bereitschaft scheinbar unpolitischer Menschen, angeblich rein instrumentelle Hilfe bei Verbrechen zu geben. Das Buch, aus dem der Staatsanwalt zitierte, hat bestätigt, was unleugbar ist: die BRD hat im großen Maßstab die Beamten der Nazi Herrschaft übernommen, sei es im Auswärtigen Amt, in der Justiz, in der Medizin, kleiner Unterbrechungen und landespolitischer Abwandlungen ungeachtet. Der Geist, der sich hier verwirklicht, ist der, daß sich dann, wenn sich die politischen Verhältnisse ändern, Juristen und Staatsbeamte ähnlich instrumentalisiert werden lassen wie in Weimar und dann unter Hitler.

Der kleine Ingenieur, der Brücken baut, tut angeblich nicht Böses, so wie der Staatsanwalt und der Richter, die die Paragraphen anwenden. Das sind Traditionslinien und hier liegt das Problem. Auch die Nazigeneräle, die in die Bundeswehr übernommen wurden, sind dann nicht als Nazigeneräle übernommen worden, aber sie haben sich durch den Führereid disqualifiziert.

Die ungebrochenen Traditionen schlummern und können jederzeit mobilisiert werden. So habe Eschen heute gehört, daß jeder Taxifahrer, welcher Afrikaner zu einer U- oder S-Bahn befördert, gehalten ist, dies in Frankfurt der Polizei zu melden. Er fragt, wie soll ein Taxifahrer wissen, wer Afrikaner ist und wer nicht! Auch der Staatsanwalt wird zugeben müssen, daß dies nach rein rassistischen Merkmalen geschehen kann. Auf solche Traditionen und Gefahren hinzuweisen, kann nicht übers Ziel hinausschießen.

Staatsanwälte haben immer Schwierigkeiten mit Symbolen - sie beantragen für ihre Auslegung eine Art Monopol, wobei sie ihre Auslegung so einengen, daß sie schnell zu strafrechtlichen Konsequenzen führt. Sie kennen doch sicher Verkehrszeichen. Da gibt es so ein Verkehrszeichen mit rotem Rahmen, darauf sind Wellenlinien zu sehen und ein schräggestelltes Auto. Dieses Verkehrszeichen soll nicht heißen: Achtung, hier fallen laufend Autos ins Wasser, sondern: Vorsicht, hier befindet sich eine ungeschützte Uferböschung, z.B. in Häfen findet sich so etwas. Oder hier im Gerichtsgebäude sind auf den Fluren Schildchen, worauf ein Männchen, das vor dem Feuer flüchtet, zu sehen ist. Dieses Schild soll ja nicht sagen: Achtung, hier brennt es, sondern es soll bei Brandgefahr den Weg weisen.

Nicht anders verhält es sich bei dem vorliegenden Symbol. Es enthält eine Warnung: Faschistische Traditionen sind virulent! Und zu diesen Traditionen bekennen sich noch viele, und die Intelligenteren bekennen sich nicht dazu, in Wirklichkeit sind viele jedoch bereit, autoritäre Verhältnisse zu übernehmen.

Die Traditionslinie besteht nicht nur in der Justiz, sondern auch, wie bereits der Staatsanwalt feststellte, in der Medizin. So wurde ein Euthanasiearzt, ehemaliges SS-Mitglied, Vorsitzender der Bundesärztekammer, nicht etwa weil er verheimlichte, daß er SS-Mitglied war, sondern trotzdem dies bekannt war.

Eschen zitierte nochmals Tucholsky: Eine Gesellschaft muß sich an diejenigen messen lassen, die sie gerade als Mitglieder noch duldet. Es geht nicht bloß um einen Mengele, der klar als Krimineller erkannt wird. Es geht um alle, die trotz ihrer Vergangenheit in der Bundesärztekammer z.B. wieder hochkamen. Als der Vorsitzende der Ärzte-



kammer Berlins dies auf einem Ärztetag zur Sprache brachte bekam er eine Beleidigungsklage angehängt, eben weil er dies aufdeckte. Ähnlich ging es in vielen anderen Bereichen. Es handelt sich bei der Darstellung W. Hofmanns um eine unbedingt berechnete, ja geradezu notwendige Darstellung. Das Gesetz schützt auch eine unberechtigte Kritik. Aber bei allem, was man aus der Geschichte weiß, handelt es sich hier um eine vollauf berechnete Kritik.

Daß man dafür heut' nicht im KZ, sondern vor dem Schöffengericht landet, das weiß Herr Hofmann.

Schlußbemerkung von W. Hofmann:

Im Plädoyer des Staatsanwaltes war von der angeblich ungerechtfertigten Behandlung eines kleinen Ingenieurs, der NSDAP-Mitglied war, die Rede. Ich möchte hierzu aus einem Flugblatt der weißen Rose zitieren: "Für Hitler und seine Anhänger gibt es auf dieser Erde keine Strafe, die ihren Taten gerecht wäre. Aber aus Liebe zu kommenden Generationen muß nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, daß niemand auch nur die geringste Lust verspüren sollte, Ähnliches aufs neue zu versuchen. Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre!"

(Inge Scholl, "Die weiße Rose", S.114)

Urteilsverkündung: Der Angeklagte wird zu 30 Tagessätzen zu je 10 DM verurteilt.

Begründung:

Der Angeklagte ist seit vielen Jahren politisch tätig. Er hat ein kritisches Verhältnis zu den herrschenden politischen Verhältnissen. Er ist Herausgeber der Zeitschrift "Gegen die Strömung" und hat als solcher auf die Gefahren der Volkszählung hingewiesen. In einer Veröffentlichung findet sich eine Karikatur, in der der Reichsadler mit Hakenkreuz und der Bundesadler abgebildet sind, welche einander den Kopf zuwenden, sich mit ausgestreckten Zungen berühren und die Schwinge aufeinander legen. Der größeren Wirkung willen wurde diese Karikatur auch groß auf Plakaten abgebildet und auch auf gummierten Klebezetteln. Der Angeklagte hat für die weite Verbreitung gesorgt und dies auch eingestanden. So stellt sich lediglich die Rechtsfrage, ob dies als verboten im Sinne des §90a anzusehen ist. Es ist die Rechtsfrage nach dem objektiven Erklärungswert einer Karikatur. Diese Frage ist nicht lediglich durch einen Kunstverständigen vorzunehmen, sondern kann auch durch einen ganz alltäglichen Menschen erfolgen. Der Bundesadler ist Teil der Bundesflagge und damit Staatssymbol, der Reichsadler war das Staatssymbol der Nazidiktatur. Es ist ausdrücklich Sinn, beide Symbole in inniger Verbundenheit darzu-

stellen. D.h. es ist die Aussage, beide Systeme als innig verbunden, ähnlich, also gleich darzustellen, als ob hier in der Bundesrepublik faschistische Verhältnisse herrschen. Das ist der objektive Erklärungswert.

Es ist nicht davon auszugehen, daß hier lediglich pointiert, auf einen Punkt gebracht, eine Parallele gezogen werden soll, sondern die Gleichwertigkeit beider Systeme behauptet wird. Niemand kann aber eine unmittelbare Gleichheit oder Ähnlichkeit unterstellen. Dies geschah nicht durch die Meinungsäußerung in Wort und Schrift, sondern durch das Symbol. Es besteht kein Zweifel, daß die Grafik eine Arbeit im Rahmen eines Kunststudiums war. Aber es kommt hier nicht darauf an, was ein Sachverständiger zu dieser Grafik sagt, sondern darauf, wie die Grafik auf den Normalbürger wirkt.

Herr Hofmann ist ein vehementer Gegner der Volkszählung, das darf er auch sein nach der Verfassung. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß einzelne Personen, aber nicht nur vereinzelte, in den Dienst der BRD gestellt wurden, die Funktionen in der Nazi-Diktatur innehatten. Dies rechtfertigt jedoch nicht, durch die Gleichschaltung der Symbole den Eindruck zu erwecken, die BRD sei nicht nur durchsetzt, sondern geradezu Tummelplatz solcher Elemente, die allein schon durch ihre Pensionierung keine bedrohliche Rolle mehr spielen.

W. Hofmann hätte sich vor einer Veröffentlichung zumindest durch die Beratung mit einem Anwalt klarmachen müssen, und eine ehrliche Position als Demokrat erfordert dies, daß alle europäischen Staaten ihre Symbole schützen, und gerade auch die Siegermächte im zweiten Weltkrieg, einschließlich der Sowjetunion. Leber hat einmal gesagt, er könne nicht verstehen, daß junge Leute, wenn sie mit der Politik nicht zufrieden sind, nicht einzelne Politiker, sondern gleich das Hohheitszeichen anspucken.

Bei der Strafzumessung muß die erhebliche Verbreitung mit einbezogen werden, andererseits muß auch einbezogen werden, daß das demokratische Bewußtsein eine solche Verunglimpfung durchaus hinnimmt, ohne daß die demokratischen Verhältnisse bereits ins Mark getroffen wurden. ■

Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz !

Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy

Bertolt Brecht

1947

Frühling würd's in deutschem Land.
Über Asch und Trümmerwand
Flog ein erstes Birkengrün
Probweis, delikat und kühn

Als von Süden, aus den Tälern
Herbewegte sich von Wählern
Pomphaft ein zerlumpter Zug
der zwei alte Tafeln trug.

Mürbe war das Holz von Stichen
Und die Inschrift sehr verblichen
Und es war so etwas wie
Freiheit und Democracy.

Von den Kirchen kam Geläute.
Kriegerwitwen, Fliegerbräute
Waise, Zittre, Hinkelbein –
Offnen Maules stand's am Rain.

Und der Blinde frug den Tauben
Was vorbeizog in den Stauben
Hinter einem Aufruf wie
Freiheit und Democracy.

Vornweg schritt ein Sattelpopf
Und er sang aus vollem Kropf:
„Allons, enfants, god save the king
Und den Dollar, kling, kling, kling.“

Dann in Kutten schritten zwei
Trugen 'ne Monstranz vorbei.
Wurd die Kutte hochgerafft
Sah hervor ein Stiefelschaft.

Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt.

Drunter schritt dafür ein Pater
Abgesandt vom Heiligen Vater
Welcher tief beunruhigt
Wie man weiß, nach Osten blickt.

Dicht darauf die Nichtvergesser
Die für ihre langen Messer
Stampfend in geschloßnen Reihn
Laut nach einer Freinacht schrein.

Ihre Gönner dann, die schnellen
Grauen Herrn von den Kartellen:
Für die Rüstungsindustrie
Freiheit und Democracy!

Einem impotenten Hahne
Gleichend, stolz ein Pangermane
Pochend auf das freie Wort.
Es heißt Mord.

Gleichen Tritts marschiern die Lehrer
Machtverheer, Hirnverheer
Für das Recht, die deutsche Jugend
Zu erziehn zur Schlächertugend.

Folgen die Herrn Mediziner
Menschverächter, Nazidiener
Fordernd, daß man ihnen buche
Kommunisten für Versuche.

Drei Gelehrte, ernst und hager
Planer der Vergasungslager
Fordern auch für die Chemie
Freiheit und Democracy.

Folgen, denn es braucht der Staat sie
Alle die entnazten Nazi
Die als Filzlaus in den Ritzen
Aller hohen Ämter sitzen.

Dort die Stürmerredakteure
Sind besorgt, daß man sie höre
Und nicht etwa jetzt vergesse
Auf die Freiheit unsrer Presse.

Einige unsrer besten Bürger
Einst geschätzt als Judenwürger
Jetzt geknebelt, seht ihr schreiten
Für das Recht der Minderheiten.

Früherer Parlamentarier
In den Hitlerzeiten Arier
Bietet sich als Anwalt an:
Schafft dem Tüchtigen freie Bahn!

Und der schwarze Marketier
Sagt, befragt: Ich marschier
Auf Gedeih (und auf Verderb)
Für den Freien Wettbewerb

Und der Richter dort: zur Hetz
Schwenkt er frech ein alt Gesetz.
Mit ihm von der Hitlerei
Spricht er sich und alle frei.

Künstler, Musiker, Dichterfürsten
Schrei'nd nach Lorbeer und nach
Würsten
All die Guten, die geschwind
Nun es nicht gewesen sind.

Peitschen klatschen auf das Pflaster:
Die SS macht es für Zaster
Aber Freiheit braucht auch sie
Freiheit und Democracy.

Und die Hitlerfrauenschaft
Kommt, die Röcke hochgerafft
Fischend mit gebräunter Wade
Nach des Erbfeinds Schokolade.

Spitzel, Kraft-durch-Freude-Weiber
Winterhelfer, Zeitungsschreiber
Steuer-Spenden-Zins-Eintreiber
Deutsches-Ermland-Einverleiber

Blut und Dreck in Wahlverwandschaft
Zog das durch die deutsche Landschaft
Rülpste, kotzte, stank und schrie:
Freiheit und Democracy!

Und kam, berstend vor Gestank
Endlich an die Isarbank
Zu der Hauptstadt der Bewegung
Stadt der deutschen Grabsteinlegung.

Informiert von den Gazetten
Hungernd zwischen den Skeletten
Seiner Häuser stand herum
Das verstörte Bürgertum.

Und als der mephitische Zug
Durch den Schutt die Tafeln trug
Treten aus dem Braunen Haus
Schweigend sechs Gestalten aus

Und es kommt der Zug zum Halten.
Neigen sich die sechs Gestalten
Und gesellen sich dem Zug
Der die alten Tafeln trug.

Und sie fahrn in sechs Karossen
Alle sechs Parteigenossen
Durch den Schutt, und alles schrie:
Freiheit und Democracy!

Knochenhand am Peitschenknäuf
Fährt die Unterdrückung auf.
In 'nem Panzerkarr'n fährt sie
Dem Geschenk der Industrie.

Groß begrüßt, in rostigem Tank
Fährt der Aussatz. Er scheint krank.
Schämig zupft er sich im Winde
Hoch zum Kinn die braune Binde.

Hinter ihn fährt der Betrug
Schwenkend einen großen Krug
Freibier. Müßt nur, draus zu saufen
Eure Kinder ihm verkaufen.

Alt wie das Gebirge, doch
Unternehmend immer noch
Fährt die Dummheit mit im Zug
Läßt kein Auge vom Betrug.

Hängend überm Wagenbord
Mit dem Arm, fährt vor der Mord.
Wohlig räkelt sich das Vieh
Singt: Sweet dream of liberty.

Zittrig noch vom gestrigen Schock
Fährt der Raub dann auf im Rock
Eines Junkers Feldmarschall
Auf dem Schoß einen Erdball.

Aber alle die sechs Großen
Eingeseßnen, Gnadlosen
Alle nun verlangen sie
Freiheit und Democracy.

Holpernd hinter den sechs Plagen
Fährt ein Riesentotenwagen
Drinnen liegt, man sieht's nicht recht:
's ist ein unbekannt Geschlecht.

Und ein Wind aus den Ruinen
Singt die Totenmesse ihnen
Die dereinst gegessen hatten
Hier in Häusern. Große Ratten

Schlüpfen aus gestürzten Gassen
Folgend diesem Zug in Massen.
Hoch die Freiheit, piepsen sie
Freiheit und Democracy!

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR

Die braune Pest geht vom Staat aus

Bei der Vergangenheit und Geschichte des deutschen Imperialismus, der durch den Hitlerfaschismus den barbarischsten aller imperialistischen Staatsapparate in der Menschheitsgeschichte an die Macht gebracht hat, ist es nicht weiter verwunderlich, daß auch der westdeutsche Imperialismus seit 1945 von einer zunehmenden Faschisierung im Inneren gekennzeichnet ist.

Unzählig und alltäglich sind die Ereignisse, die diese Politik der "Reaktion auf der ganzen Linie" durch den westdeutschen Imperialismus zeigen. Hinter all diesen Ereignissen, die Unterdrückung, Faschismus, Zynismus und Reaktion in Westdeutschland gerade auch in ihrer Alltäglichkeit beleuchten, steht eine vom westdeutschen Imperialismus verfolgte planmäßige Politik der Faschisierung.

DIE FASCHISIERUNG IN WESTDEUTSCHLAND STÜTZT SICH AUF DIE VERGANGENHEIT DES HITLERFASCHISMUS

Der westdeutsche Imperialismus schöpft bei dieser Politik aus seinen reichen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlerfaschismus. Darüberhinaus darf man niemals vergessen, daß in Westdeutschland niemals der Faschismus nach 1945 wirklich ausgerottet wurde, wie das eigentlich im Potsdamer Abkommen festgelegt worden war; er hat in zahlreichen Gesetzen aus der Zeit des Hitlerfaschismus ebenso überlebt - hier sei nur an das reaktionäre Ausländergesetz erinnert, das bis 1965 der "Ausländerverordnung" von 1938 entsprach und nach 1965 zum Teil wortwörtlich übernommen wurde - wie in der Tatsache, daß zahlreiche faschistische Kader in den westdeutschen Staatsapparat übernommen und eingegliedert wurden, der in wesentlichen Bestandteilen so konstruiert wurde wie der Staatsapparat des Hitlerfaschismus.

Die Faschisierung in Westdeutschland ist in erster Linie eine Faschisierung des Staatsapparates, eine Verstärkung seines Unterdrückungsapparates,

eine Verschärfung seiner unterdrückerischen Gesetze, eine Erhöhung und Verschärfung seiner Haftstrafen, eine Ausdehnung des staatlichen Terrors.

Die Faschisierung in Westdeutschland wurde und wird schrittweise und planmäßig vorangetrieben und ist - auf lange Sicht - bestimmt von den räuberischen Interessen des westdeutschen Imperialismus gegenüber den Arbeitern und übrigen Werktätigen im eigenen Land sowie in den anderen Ländern.

BÜRGERLICHE DEMOKRATIE - FASCHISIERUNG - FASCHISMUS

Faschisierung und Reaktion stehen, wie die Geschichte bewiesen hat, im engen Zusammenhang mit Militarisierung und Kriegsvorbereitung.

Heute herrscht in Westdeutschland die Diktatur der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie. In der Form dieser Diktatur gibt es durchaus Unterschiede, wobei vor allem die Form der bürgerlichen Demokratie und die des Faschismus voneinander unterschieden werden können. Diese Unterscheidung, die im konkreten Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie von entscheidender Bedeutung ist - so etwa in der Zeit des Hitlerfaschismus in Deutschland -, muß aber auf der Grundlage dessen, was Lenin grundsätzlich über den Imperialismus ausgesagt hat, erfolgen:

"Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System..."
(Lenin, "Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus", 1916, LW 22, S. 302)

Wenn wir heute feststellen können, daß in Westdeutschland die Diktatur der Bourgeoisie nicht in Form des Faschismus ausgeübt wird, dann tun wir das in dem Bewußtsein, daß die Faschisierung

in Westdeutschland dazu geführt hat, daß Westdeutschland auch weit entfernt ist von dem Ideal, das die Bourgeoisie von der "bürgerlichen Demokratie" zeichnet. Wir tun das in dem Bewußtsein, daß die Fasisierung eine Politik der Vorbereitung, der Sicherung der Möglichkeit der Schaffung einer OFFEN TERRORISTISCHEN DIKTATUR ist, wenn dafür die westdeutsche Bourgeoisie die Umstände als gegeben ansieht.

Das kann sowohl der Fall sein als Folge einer revolutionären Entwicklung in Westdeutschland - wobei die Bourgeoisie in Westdeutschland mit Schrecken an die Zeit der ruhmreichen KPD THÄLMANNs zurückdenkt und daraus ihre Lehren gezogen hat. Das kann auch der Fall sein im Falle eines bevorstehenden imperialistischen Krieges der westdeutschen Imperialisten, wobei die "Ruhe an der Heimatfront" gesichert sein muß.

Die Politik der Fasisierung muß aber nicht zwangsläufig und unter allen Umständen zur Errichtung einer offen faschistischen Diktatur führen. Öffentlich vorgetragene "demokratische" Heuchelei bei gleichzeitig faschistischer Unterdrückung, wie heute schon in ganz besonderem Maße gegenüber Werktätigen aus anderen Ländern betrieben, kann unter Umständen viel besser den Interessen der westdeutschen Imperialisten dienen.

Ob Genscher oder Zimmermann, Strauß oder früher Schmidt, alle Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus haben schon längst die Weichen für die Abschiebung von Revolutionären aus anderen Ländern gestellt. Ihre Vorgänger haben früher die Weichen für die Züge nach Auschwitz gestellt, heute werden Flugzeuge mit antiimperialistischen Frauen und Männern gefüllt und in die Folterkeller in alle Welt dirigiert.

Auch wenn heute der Staat in Westdeutschland eine faschistische Diktatur noch nicht für erforderlich hält (weil dies noch nicht nötig ist, mehr Nachteile als Vorteile hätte, "taktisch" gesehen also schädlich wäre), zeigt doch die PRAXIS DER ABSCHIEBUNG IN DIE FOLTERKELLER, daß dieser Staatsapparat in Westdeutschland moralisch völlig auf dem Niveau des Faschismus steht. Wer die ganze unverhüllte Brutalität, die faschistische Mißachtung selbst der elementarsten Rechte der inhaftierten Genossen vor Augen hat, muß doch - selbst als "Demokrat" mit jeder Menge Illusionen über diesen "unseren Staat" - eins sehen: DIESER STAAT leistet seine Arbeit in der Tradition des Hitlerfaschismus, er verdient es wirklich, zerschlagen zu werden.

Volkszählung 1987: Aha, Sie sind Jude.

Nachdem als Reaktion auf die Ehrung der Soldaten der Waffen-SS in Bitburg zum ersten Mal in den letzten Jahrzehnten jüdische Demonstranten von der Polizei des westdeutschen Imperialismus weggeschleppt wurden, nachdem vor allem unter den jüngeren Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden Diskussionen über die devote Haltung vieler Funktionäre dieser Gemeinden gegenüber der Rehabilitierung der alten Nazis im Staatsapparat Westdeutschlands aufkommen und dies oftmals entschieden verurteilt wird, nachdem die revanchistischen Geschichtsklitterer mit Professorentiteln versuchen, immer mehr Oberwasser zu gewinnen, steht nun vor den Juden in Westdeutschland: die Volkszählung.

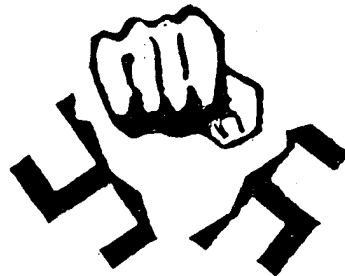
Sind Sie Jude? will man wissen, auch wenn im Fragebogen etwas vornehmer nach der "rechtlichen Zugehörigkeit" zur "Jüdischen Gemeinde" gefragt wird.

Stadtviertel für Stadtviertel, Straße für Straße, Wohnblock für Wohnblock wissen dann nicht nur die entsprechenden Zähler, Auswerter und Prüfer, nein, weiß es auch dieser Staat ganz genau, wo es Juden gibt.

Und wer ist davor sicher, daß diese Erfassung nicht für gezielte Maßnahmen gegen Juden vom Staat genutzt wird, der heute wieder Rassismus und Chauvinismus - gerichtet vor allem gegen die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter - zum wichtigen ideologischen und politischen Herrschaftsmittel ausgebaut hat???

DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DAS KROCH !

TOD DEM FASCHISMUS !



TOD DEM WESTDEUTSCHEN
IMPERIALISMUS !

PRESSESPIEGEL

VORBEMERKUNG

Wir drucken nachfolgend die Reaktionen der bürgerlichen Presse und des Hessischen Rundfunks ab.

Trotz der - insbesondere im FAZ-Artikel - enthaltenen diversen demagogischen Wendungen und Wertungen sind einige dieser Artikel im Tenor dem Angeklagten W. Hofmann positiv gegenüber eingestellt.

Wir betonen, daß unsere Taktik der "Ausnutzung" der bürgerlichen Medien durchaus auch seine **zwei** Seiten hat, daß insbesondere verstärkt die Illusion bekämpft werden muß, daß über und mit solchen Medien "Öffentlichkeit" hergestellt und garantiert werden könnte.

Entscheidend ist und bleibt vor allem auch in der Zukunft die massive **eigene** Propaganda und Agitation. Auf dieser Basis kann und muß selbstverständlich auch jegliche Möglichkeit innerhalb dieses heutigen Systems genutzt werden.

Unter dem Strich meinen wir, daß dies in unserer Kampagne zur Unterstützung des Genossen Walter Hofmann einigermaßen gelungen ist.



FRANKFURTER RUNDSCHAU, 23.6.88

Satire war eine Verunglimpfung

Volkszählungsgegner verurteilt

Ein Reichsadler, mit Hakenkreuz in der Kralle, umarmt einen Bundesadler und gibt ihm einen Zungenkuß: „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ ist diese Graphik laut Urteil eines Frankfurter Schöffengerichtes vom Mittwoch. Zu insgesamt 300 Mark Geldstrafe verurteilte es einen 37 Jahre alten Lehrer, Herausgeber der marxistischen Zeitschrift „Gegen die Strömung“, die mit der umstrittenen Karikatur auf Flugblättern, Aufklebern und Plakaten zum Boykott der Volkszählung 1987 aufgerufen hatte.

Die Verhandlung, zu deren Besuch in Szeneblättern aufgefordert worden war, funktionierte der Angeklagte zu einer sorgfältig recherchierten Vorlesung über die „ungebrochene Tradition“ in Justiz, Medizin und insbesondere Statistik zwischen dem „Dritten Reich“ und heute um. Den vollbesetzten Zuschauerbänken zugewandt, wies er anhand von Originaldokumenten aus der Nazizeit nach, daß führende Mitarbeiter des Statistischen Reichsamtes ohne Bruch in die Bundesrepublik übernommen und geehrt worden seien. Es stehe fest, daß anhand der Listen von der Volkszählung 1939 Juden und Polen deportiert worden seien.

„Wenn jemand etwas Gutes sagt, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und ist beleidigt“ — mit diesem Tucholsky-Zitat unterstrich der Berliner Verteidiger Klaus Eschen die Forderung, seinen Mandanten freizusprechen. Nicht nur berechtigt, sondern geradezu „notwendig“ seien solche kritischen Äußerungen angesichts undemokratischer Traditionen in der Bundesrepublik. Diese Traditionen gestand auch Oberstaatsanwalt Hans Klein zu, der dem Angeklagten und dessen Verteidiger in deren Zitattensammlung nicht nachstand.

„Solche Kritik halte ich für angemessen“, so Klein über die von ihm verlesene Lektüre, „der Angeklagte aber ist mit seiner Darstellung über das Ziel hinausgeschossen“. Dem folgte auch Amtsrichter Ralph Henrici, der die Sorge des Angeklagten um die „ungebrochene Tradition“ für „übertrieben“ hielt.

Das Gericht verfügte die Einziehung der Druckschriften mit der umstrittenen Karikatur, für die, wie der Angeklagte beiläufig erwähnte, ein Kasseler Kunststudent die Examansnote „sehr gut“ bekommen hat.

ott

HEUTE LESEN SIE

Italien	
Neuer KP-Chef mit Schonfrist	Seite 2
Leitartikel	
Schuldenkrise und Gipfel	Seite 3
Solarenergie	
Keine Subventionen	Seite 4
Steuerreform	
„Regierung gescheitert“	Seite 5
Fußball-EM	
Polonaise Hollandaise	Seite 8
Den Shylock riskiert	
Shakespeare in Bad Hersfeld	Seite 12
Frankfurt	
Satire war Verunglimpfung	Seite 13
Zeppelinheim	
Vor 50 Jahren gegründet	Seite 18
Börse	
	Seite 6
Fernsehen und Funk	
	Seite 10
Roman	
	Seite 12

S. 1

S. 13

Neue Presse

Donnerstag, 23. Juni 1988

300 Mark Geldstrafe für küssende Adler

Bundesadler und Reichsadler mit Hakenkreuz küssend vereint – mit dieser Karikatur unter der Überschrift „Ungebrochene Tradition“ protestierte ein Buchhändler aus dem Gallusviertel auf Flugblättern und Plakaten im letzten Jahr gegen die Volkszählung. Nach Ansicht eines Schöffengerichts überschritt der 37-jährige damit die Grenzen der Meinungs- und Kunstfreiheit: Es verurteilte ihn wegen Verunglimpfung des Staates zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Der Angeklagte habe mit der Verbindung der Symbole einen nicht zu rechtfertigenden „inneren Zusammenhang“ zwischen dem totalitären Nazi-Regime und der demokratischen Bundesrepublik konstruiert. Der Verurteilte hatte zur Verteidigung angeführt, daß die Karikatur als Examensarbeit mit „sehr gut“ bewertet wurde. la

Abendpost (Nachtausgabe)

Donnerstag, 23. Juni 1988

Hakenkreuz auf Plakat: Strafe

an Frankfurt. – Mit einem Plakat, auf dem der Bundesadler und der Reichsadler mit Hakenkreuz dargestellt waren, hatte der arbeitslose Lehrer (37) gegen die Volkszählung protestiert. Ein Frankfurter Gericht entschied jetzt: Das ist Verunglimpfung der Bundesrepublik, 300 Mark Geldstrafe.

• BILD • Frankfurt, 23. Juni 1988

Lehrer muß löhnen

Das Frankfurter Schöffengericht verurteilte einen Volkszählungs-Gegner zu 300 Mark Strafe: Der arbeitslose Lehrer (37) hatte auf einem Plakat behauptet, daß eine „ungebrochene Tradition“ zwischen den Volkszählungen von 1939 und 1987 bestehe.

Donnerstag, 23. Juni 1988, Nr. 143 / Seite 35

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Gegen eine Kumpanei der staatlichen Adler

Grenzen der Meinungs- und Kunstfreiheit / Amtsgericht verhängt geringe Geldstrafe

tk. Zwei Adler nebeneinander, zwei Staatssymbole in Eintracht, verbunden durch Gezügel und lockeres Flügelspiel: Unvoreingenommen und ohne kunstsachverständige Expertise darf der Betrachter im traulichen Grafik-Tête-à-tête von Naziadler und Bundesadler eine Verächtlichmachung der Bundesrepublik sehen. Der wortreiche Versuch von Walter Hofmann, Herausgeber einer Publikation „Gegen die Strömung“, vor dem Frankfurter Amtsgericht, unter Berufung auf das Recht der freien Meinungsäußerung und der Freiheit der Kunst freigesprochen zu werden, ist in erster Instanz gescheitert.

Der 37 Jahre alte Hofmann, dem die Zulassung als Lehrer aus politischen Gründen nicht erteilt worden ist, hat in seinem Blatt mit dem Untertitel „Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands“ die Adlersymbolik veröffentlicht, um im Mai letzten Jahres gegen die Volkszählung zu agitieren. Das Schöffengericht unter Vorsitz von Ralph Henrici hat den Angeklagten gestern wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (Paragraph 90a Strafgesetzbuch) schuldig gesprochen und zu einer geringen Geldstrafe von drei Big Tagessätzen zu zehn Mark verurteilt.

Höher als die Strafe letztlich signalisiert, waren die Werte und nicht zuletzt die Emotionen, mit und um die vor überfülltem Zuhörersaal gefochten wurde. Oberstaatsanwalt Eberhard Klein, ein Mann,

zu dessen jahrelanger Tätigkeit die Verfolgung von Nazi-Verbrechern gehört, klagte die Gleichsetzung des hakenkreuztragenden Symbols der Diktatur mit dem Bundesadler als eine „über das Ziel hinausschießende“ verletzend Polemik an. Die Bundesrepublik als ein Land, das seine Bürger auch extreme Meinungen frei äußern lasse, muß sich nach Kleins Ansicht und der des Gerichts nicht jede Form der Verunglimpfung gefallen lassen.

Der Oberstaatsanwalt wies in seinem Plädoyer mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß es aus historischer Sicht personelle Kontinuitäten in der staatlichen Verwaltung und anderen wichtigen Bereichen wie etwa der Justiz, der Medizin oder der Diplomatie gab, die das „Dritte Reich“ mit der Bundesrepublik verbinden. Für ein ziemlich junges Publikum im Saal las Klein eine Passage aus dem Buch „Die Deutschen und ich“ des englischen Journalisten Sefton Delmer vor, der während des Zweiten Weltkriegs ein wütender Agitator gegen Hitler-Deutschland war und nach dem Sieg der Alliierten als politischer Beobachter mit einigem Erstaunen feststellte, daß die sogenannte Entnazifizierung anfangs viele kleine Mitläufer traf, aber viele Hauptschuldige plötzlich als Mitläufer zurück in Amt und Würden waren.

Eine prinzipielle Kontinuität zwischen der Nazidiktatur und der Bundesrepublik, wie sie durch die gezeichnete und gedruck-

te Kumpanei der Adler symbolisiert wird, darf jedoch nicht ungestraft behauptet werden. So sagt es das Urteil, das in der umstrittenen grafischen Darstellung eine Karikatur sieht, die Verbundenheit beider Systeme suggeriert. Das Gericht ist nicht den Ausführungen des Angeklagten und seines sehr gut vorbereiteten Verteidigers Klaus Eschen aus Berlin gefolgt, die damit argumentierten, der angeblich in Kassel als hervorragende Grafikarbeit prämierte Doppeladler sei nicht als Gleichsetzung der Systeme gemeint, sondern wolle vor der verhängnisvollen Umarmung des Bundesadlers durch den Naziadler warnen. Richter Henrici, der den Verteidigerantrag auf Hinzuziehung eines Kunstsachverständigen ablehnte, sagte in der Urteilsbegründung: „Hier kommt es nur darauf an, was ein gewöhnlicher Betrachter sieht.“

Für solche Betrachter mögen textliche Ergänzungen besonders ärgerlich und in gewissem Sinn beleidigend gewesen sein, die aus der Volkszählung von 1987 eine Art Fortsetzung der Fahndungskartei der Gestapo machen. In seiner ostentativ vom Gericht abgewandten und den Zuhörern in agitatorischer Absicht vorgetragenen Einlassung hat Hofmann diesen ungeheuerlichen und letztlich ahnungslosen Verdacht unter Erwähnung der Namen des Gestapo-Chefs Reinhard Heydrich und des Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann in einem Atemzug wiederholt.

Im Gerichtssaal notiert:

FRANKFURTER NACHRICHTEN
23.06.88

»Ein Staatssymbol ist von uns zu beschützen«

»Dimitroff-Buchhändler« verurteilt

GALLUS. »Gegen die Strömung« wollte der 37jährige Inhaber der »Georgi-Dimitroff-Buchhandlung« in der Koblenzer Straße angehen, der im April vergangenen Jahres in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift zum Thema Volkszählung Stellung bezog. Als

Teil dieser Stellungnahme wurde mit der symbolischen Verbindung des Bundesadlers mit dem Reichsadler, das Hakenkreuz in den Krallen haltend, durch einen »Zungenkuß« auf die »ungebrochene Tradition«, die das Wesen der Statistik seit 1871 über den Nationalsozialismus bis in die heutige Zeit habe, hingewiesen.

Wegen dieser »Verunglimpfung der Bundesrepublik« mußte sich der »marxistisch-leninistische« Redakteur jetzt vor einem Frankfurter Schöffengericht verantworten. Zu seiner »Rechtfertigung« äußerte der Angeklagte, er habe mit diesem symbolischen Vergleich nicht etwa das ganze Staatssystem der beiden politischen Ge-

bilde auf eine Schiene setzen wollen, vielmehr sei es ihm um das Anprangern dieses einen Streitpunktes gegangen. Gerade in Justiz und Verwaltung sei eine »ungebrochene Tradition« in Form von übernommenen Amtsträgern aus der Nazi-Zeit dennoch nicht wegzuleugnen. Das Symbol der beiden vereinten Adler sei »kunstwissenschaftlich sehr gut«. Mit diesem Gerichtsverfahren solle im Übrigen nur »staatliche Macht demonstriert werden«.

»Übers Ziel hinausgeschossen« sei der Angeklagte, so Oberstaatsanwalt Klein, auch die freie Meinungsäußerung habe ihrer Grenzen, besonders dann, wenn die demokratische Staatsform der Bundesrepublik als Ganzes herabgewürdigt werde. »Hoheitssymbole müs-

sen geschützt werden«, so Amtsrichter Henrici, »die Verunglimpfung eines derartigen Zeichens darf nicht Folge eines etwaigen Versagens einzelner Mandatsträger sein«, schloß der Richter seine Ausführungen. Ergebnis: 300 Mark Geldstrafe für den Angeklagten.

(GAL/ge)



Sender Freies Berlin
Anstalt des
öffentlichen Rechts

Haus des Rundfunks
Masurenallee 8-14
D-1000 Berlin 19

Abteilung

KONTRASTE

Berliner Bank AG
BLZ 100 200 00
Konto-Nr. 0408 663 500
Postcheckkonto Berlin West
BLZ 100 100 10
Konto-Nr. 766 105

Telefon 030/30 31 - 2670
Zentrale 30 31-0
Telex 1-32613
Fax 030/30 1 50 62
Datum 24.06.1988 Ro

Sender Freies Berlin · Masurenallee 8-14 · D-1000 Berlin 19

Herrn

Walter Hofmann
Homburger Landstraße 52
6000 Frankfurt

Sehr geehrter Herr Hofmann,

haben Sie Dank für Ihre Informationen in Ihrer eigenen Angelegenheit und zu dem Prozeß in Frankfurt am 22.6.88.

Wir werden, soweit das von Berlin aus möglich ist, den Fall weiter verfolgen. Sollte es wesentliche neue Entwicklungen geben bitten wir Sie, uns über den weiteren Fortgang zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Trenkner
KONTRASTE

i.V.

vobo

◆ Verurteilung wegen 90a

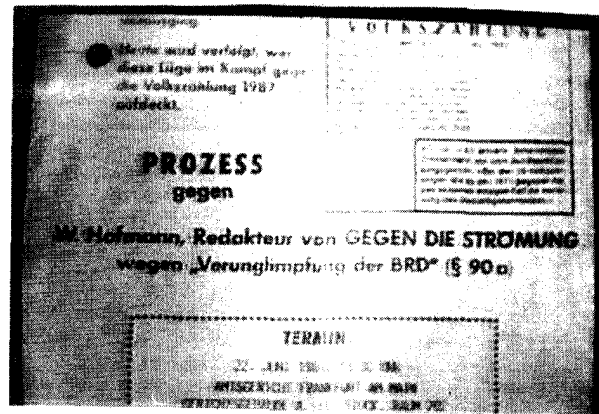
Nach Verhaftung, nach mehreren Hausdurchsuchungen wurde ich am 22.6.88 im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Volkszählung wegen »Verunglimpfung der BRD« zu 30 Tagessätzen à 10 DM verurteilt. Da die Taz-Verantwortlichen es trotz mehrfacher Versprechungen nicht für nötig hielten, über den Ausgang des Prozesses zu berichten (es wurde ebenfalls nicht über die Verhaftung, Hausdurchsuchungen und den anstehenden Prozeß berichtet), wähle ich u.a. diesen Weg der Information. Walter Hofmann. Weitere Informationen über Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 6 Frankfurt 1. ☎ 069/541 408. Spenden an W. Hofmann, Postscheckkonto 353795-609

TAZ, 06.07.88

FILMREPORTAGE IN DER HESSENSCHAU AM 22.6.88

Während die Statistiker die Volkszählung weitgehend abgeschlossen haben, werden die Gerichte noch auf Monate zu tun haben. Heute ging es ausnahmsweise mal nicht um einen Boykott, sondern um einen Boykottaufruf mit angeblicher Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland in einem Artikel und auf Plakaten. Mehr von Christiane Röhrbein:

"Im Mai und Juni des vergangenen Jahres hatte die Polizei bei Hausdurchsuchungen in der Privatwohnung des Angeklagten über 3000 Flugblätter, Aufkleber und Plakate und die April-Nummer der genannten Zeitschrift beschlagnahmt. Dort waren ein Reichsadler mit Hakenkreuz und ein Bundesadler zu sehen, die sich umarmen und einen Zungenkuß geben. Mit dieser Darstellung wollte der Angeklagte auf die - wie er sagte - ungebrochene Tradition von den Volkszählungen von '33 und '39 mit der darauf folgenden Ausrottung der Juden bis hin zur Volkszählung von '87 hinweisen. Nach Ansicht des Staatsanwaltes war er mit einer solchen Gleichsetzung über das Ziel hinausgeschossen. Der Richter schloß sich seiner Meinung an und verurteilte den arbeitslosen Walter Hofmann zu 300 Mark Geldstrafe wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland. Pikanter Detail am Rande: die Zeichnung, der sich der Angeklagte bediente, ist Teil einer Examensarbeit an der Gesamthochschule Kassel und wurde dort mit 'sehr gut' bewertet."



BERICHT ÜBER DEN PROZESS GEGEN W. HOFMANN

IM 1. PROGRAMM DES HESSISCHEN RUNDFUNKS

("Passiert - notiert", 17.05 Uhr, 22. Juni)

=====

"Im nächsten Beitrag geht es wieder einmal um die Volkszählung. Mehr als ein Jahr nach dem Stichtag ist sie zwar aus den Schlagzeilen geraten, aber zahlreiche gerichtliche Nachspiele erinnern noch daran, so auch heute in Frankfurt.

Da stand heute ein Drucker vor Gericht, der ein Plakat gegen die Volkszählung veröffentlicht hatte. Motto: "Ungebrochene Tradition". Es zeigte einen Reichsadler und daneben ein Zitat von Innenminister Zimmermann. Wortlaut: "Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses."

Der Drucker mußte sich nun heute wegen Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und Verunglimpfung der Staatssymbole verantworten. Im Studio bei mir Ali Sadrzadeh, er hat den Prozeß verfolgt.

"Ja. Zu dreißig Tagessätzen á zehn Mark, also insgesamt 300 Mark Geldstrafe verurteilte das Frankfurter Amtsgericht heute den 37-jährigen Drucker aus Frankfurt wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland. Im Urteil spielte eine grafische Darstellung eine Rolle. Dazu später.

Aber dieser Prozeß wirft eine Reihe von wichtigen Fragen auf: Wo liegt die Grenze der öffentlichen Kritik? Inwieweit darf man als Bürger mit seiner Äußerung provozieren? Und gibt es eine Kontinuität vom NS-Regime bis zur heutigen Bundesrepublik?

Um diese wichtigen Fragen ging es in diesem Prozeß, dem etwa hundert Zuschauer und eine Reihe von Journalisten beiwohnten. Mit der Beweisaufnahme hatte das Gericht keine Mühe und sogar die geladenen Zeugen wurden nicht gehört, denn der Angeklagte, der auch als Redakteur einer kommunistischen Zeitung tätig ist, hat zu Beginn der Verhandlung offen die ihm zur Last gelegte Tat eingestanden, er hat zugegeben, im Mai 1987 Flugblätter und Plakate gegen die Volkszählung verteilt zu haben.

In diesen Schriften ist ein Zungenkuß zwischen einem Reichsadler und einem Bundesadler zu sehen und darunter steht das von Ihnen erwähnte Zitat des Innenministers Zimmermann, wonach es seit 1871 keine Verletzung des Statistikgeheimnisses gegeben habe. Seine Schriften hatte er mit dem Titel versehen "Ungebrochene Tradition", wie Sie sagten.

Der Staatsanwalt sah in diesen Publikationen eine Beschimpfung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland. Der Angeklagte habe, so der Staatsanwalt, mit seiner Kritik an der Volkszählung über das Ziel hinausgeschossen und hat sich unzulässige Vergleiche zwischen dem NS-Regime und der Bundesrepublik Deutschland erlaubt. Was die Kontinuität von 1933 bis jetzt

anbetrifft, da mußte der Staatsanwalt selbst zugeben, daß hier und da eine gewisse Kontinuität durchaus vorhanden sei. Nichtsdestotrotz beantragte er wegen der beiden abgebildeten alten und neuen Adler eine Geldstrafe von 900 Mark, weil eine Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland erwiesen sei.

Aber dieser Zungenkuß der beiden Adler stammt nicht von dem Angeklagten. Es ist eine Examensarbeit eines Kasseler Studenten, der übrigens seine Prüfung mit "gut" bestanden hat.

Das Gericht folgte zwar mit seinem Urteil nicht voll dem Antrag des Staatsanwaltes, doch dieses geringe Urteil wird bundesweit Aufsehen erregen. Es ist das erste Mal, daß ein Kunstwerk im Zusammenhang mit der Volkszählung als Beweismittel in einem Prozeß verwendet wird.

Die Fraktion der Grünen im Römer hatte gegen die Eröffnung des Verfahrens heute protestiert und der Verteidiger kündigte Berufung an. So wird, glaube ich, dieser Fall wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung uns weiterhin beschäftigen."



In einem West-
berliner Buch-
laden ausge-
hängtes Plakat



PS: Jetzt komme ich sicher gleich in einen Polizei-Computer hinein.

- Briefe - Briefe - Briefe - Briefe - Briefe

Lieber Walter!

Danke für die "Anklageschrift", ist schon eine Weile her, doch da ich schon seit vielen Jahren immer mal wieder die "FR" kaufe, las ich in der "FR" vom Donnerstag, 23.6., Seite 4 über Dich und das Urteil. Ich hebe es auf und füge es meinen vielen Sachen bei; wenn Du's aber haben willst, schicke ich den Artikel. Deine Annonce in der taz las ich auch. Ich kann Dir nachfühlen, weil ich selbst mitten in der Abwehr stehe, welche Gedanken Du hast und die Enttäuschung, diese Ordnung noch als einen Rechtsstaat bezeichnen zu sollen. ...

Eine gewisse Bange habe ich ja, daß sie Dich mal abservieren aus irgendeinem Grunde, bitte bedenke das immer und mach lieber manchmal einen halben Schritt weniger. Drin sein ist nicht nur wegen dem Drin sein schlimm, sondern auch wegen der Wirkungsarmut politischen Denkens und Tuns. Man kann von drinnen so wenig ausrichten, so wenig bewirken. ...

Kannst mir gelegentlich mal kurz schreiben, lege ein Freikuvert bei - und DM 20,- in bar, selbst eingespart, rauche und trinke nicht und bin anspruchslos im Konsum. Nicht so in der Forderung nach Freiheit. Mach's gut und bleibe weiterhin mutig und aktiv mit scharfem Blick für's Machbare.

Alles Gute und freundliche Grüße,

"Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses" (Bundesinnenminister Zimmermann am 18.10.1983 vor dem Bundesverfassungsgericht)

Diese Äußerung des Bundesinnenministers läßt sich - wie andere von ihm gemachte Äußerungen bzw. getroffene Entscheidungen - mal wieder mehrfach ausdeuten:

1) Zimmermann weiß es nicht besser.

Frage: Ist er darum Bundesinnenminister geworden, weil er mit "unnötigem" Wissen nicht belastet ist?

2) Für Zimmermann ist das, was die Nazis taten, kein Mißbrauch (wie es für Filbinger heute nicht Unrecht sein konnte, was damals Recht war).

Frage: Müssen wir dann erst noch darauf warten, bis seinesgleichen es hier den Nazis gleichtun?

3) Zimmermann hat gelogen (oder einen Black-out gehabt).

Frage: Wer garantiert uns dafür, daß Zimmermann nicht auch bei seiner Behauptung, die Erhebungsdaten würden künftig nicht mißbraucht, gelogen hat (oder einen Black-out hatte)?

Insgesamt betrachtet:

Wie auch immer man die Sache dreht und wendet, man kommt an der Feststellung nicht vorbei, daß Zimmermann offenbar über Qualitäten verfügt, die ihn als Innenminister der Bundesrepublik Deutschland als geeignet erscheinen lassen...

PS: Ihr könnt diese Äußerung auch veröffentlichen oder im Prozeß gegen Walter Hofmann verwenden. Nur hätte ich dann gern eine Rückmeldung.

Briefe - Briefe - Briefe - Briefe - Briefe -

Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Mittelweg 36 D-2000 Hamburg 13 Tel. 040/41 40 97 92

Stiftung Sozialgeschichte Mittelweg 36 D-2000 Hamburg 13

Herrn
Walter Hofmann
Homburger Landstr. 52
6000 Frankfurt/M. 50

Hamburg, den 30. Juni 1988

Lieber Walter Hofmann,

Deinen Brief und Materialsendung vom 12. Juni bekam ich erst heute zu Gesicht, weil ich verreist war. Deshalb konnte ich zur Vorbereitung des am 22. Juni gelaufenen Termins nichts tun, was ich sehr bedaure. Ich bin aber sicher, daß Götz Aly als Sachverständiger auch dem Gericht klar gemacht hat, wie berechtigt die kompromißlose Ablehnung der Volkszählung ist. Eine Nachricht über den Ausgang des Prozesses vor dem Amtsgericht würde uns sehr interessieren.

Mit den besten Wünschen für Deine weitere Arbeit,

Karl
Karl Heinz Roth

100 1315/121045

Aus einem Altenwohnheim erreichte uns folgender Brief:

Lieber Walter Hofmann,

ich danke für Ihren Brief vom... Die im Flugblatt geäußerte Meinung teile ich weitgehend, allerdings hätte ich Aufkleber/Plakat "Ungebrochene Tradition" angesichts meines Gesundheitszustandes (leider) nicht zu veröffentlichen gewagt. Ich bedaure, daß Sie verurteilt worden sind, und das einzige, was mir bleibt, ist DM 20,- als Solidaritätsbeitrag beizufügen, Verwendung beliebig.

Mit freundlichen Grüßen,

- Briefe - Briefe - Briefe - Briefe - Briefe

Aus einer sehr sarkastisch gehaltenen Zuschrift:

Lieber Walter,

der 22.VI.1941, der Tag Deines Prozesses, ist nunmehr in die Geschichte eingegangen und die Ehre Deutschlands ist gerettet.

Daß viele um die Ehre Deutschlands bangten, brauchen wir gar nicht zu betonen: Die Anwesenheit von über 30 meistens nicht alten Menschen, 9 Amtspersonen, Presseleuten (Frankfurter Rundschau und die große FAZ waren würdig vertreten), Fernsehkameras, sowie anderthalb dutzend halbamtliche Wesen war sicher kein Zufall und ist auch nicht nur durch "etwas Neugier" zu erklären.

Wie ich Dich kenne, überrascht Dich das Urteil nicht. Ich will jedoch hoffen, daß Du Dir die tiefen Ausführungen und die aufschlußreichen Zitate des großen Staatsanwaltes Klein aus einem Klassiker der Zeitgeschichte genau überlegst und das vom gerechten Richter Henrici meisterhaft skizzierte Geschichtsbild Deutschlands in Deine am Ende nicht schlechten Seele einprägst.

...

Die Kontinuität, die wahre, die in der deutschen Geschichte ohne jegliche Mühe unmittelbar auffällt, ist die der Menschlichkeit und der Aufopferung für die Sache der Weltallgemeinheit, die seine regierenden Klassen besonders im letzten Jahrhundert gezeigt haben.

...

Und da Du gern schreibst und ein Periodikum leiten willst - auch ich leide unter Graphomanie - mach weiter mit Deiner Zeitschrift "Gegen die Strömung": Deutschland hat anständige Menschen niemals verfolgt und die jetzige regierende Klasse liebt und fördert - in ihrer Kontinuität - die schärfste Kritik, aber, mein lieber Walter, vergiß nicht, daß die Kritik in der echten Demokratie immer nur konstruktiv, positiv und laudativ ist.



Spendet für die Prozeßkosten!

W. Hofmann, Konto-Nr. 353795-609, Postgiroamt Frankfurt/M.

ODER ÜBER DEN BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF,
KOBLENZER STR. 4 IN FRANKFURT

TAZ



vobo

◆ Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Volkszählung: Strafprozeß gegen den Redakteur von "Gegen die Strömung" Walter Hofmann wegen Verächtlichmachung der BRD/§ 90a. Termin: 22. Juni 1988, 13.30 Uhr Amtsgericht Frankfurt, Gerichtsgebäude A, II. Stock, Raum 202. Weitere Infos: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 6 Frankfurt ☎ 069/541 408

Info-
stadt
an
in
Lungen

18.6.:
ig van 88,
ohne
: No me-
eath in
e. Be-
ennin-
720/1600

6. findet
ing. Zur
nd Inter-
hule/
aranstal-
gegen Aid-

RUGIA
ernügen in
ien, Fahrten
Busfahrt,
rs. kompl.
g. KLEIN

erza... in V
einer Zeitung zu seiner persönlichen

Anzeige

NEUERSCHEINUNG

Anläßlich des Prozesses gegen
W. Hofmann am 22. Juni 1988

VOLKSZÄHLUNG

Mai 1939 Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:
„Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt... Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung.“

UNGEBOCHENE TRADITION

Mai 1987 Am 18.10.83 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht: „Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses.“

Innenminister Zimmermann leugnet, daß der Vernichtung gerade der jüdischen Bevölkerung die Erfassung durch die Volkszählungen von 1933 und 1939 vorausging.

Heute wird verfolgt, wer diese Lüge im Kampf gegen die Volkszählung 1987 aufdeckt.

Verlegt bei: BUCHLADEN G. DIMITROFF
Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt · Tel: 069 / 54 14 08

fügung oder zur Verfügung der CDU außerordentlich interessiert gewesen. Die Wirtschaft allerdings stellte sich taub: Adenauer hat seine Zeitung nie bekommen. „Sonst wären wir heute Redakteure oder Herausgeber.“

am 1. Juni 1988 die Wettbewerbsunterlagen v. Arnberg geklaut hat, möge sich bei mir melden. Gaby ☎ 030/242 578

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Volkszählung:

Strafprozeß gegen den Redakteur von "Gegen die Strömung", Walter Hofmann!

(VERÄCHTLICHUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, § 90a)

Innenminister Zimmermann leugnet, daß der Vernichtung gerade der jüdischen Bevölkerung die Erfassung durch die Volkszählungen von 1933 und 1939 vorausging.

Heute wird verfolgt, wer diese Lüge im Kampf gegen die Volkszählung 1987 aufdeckt.

TERMIN:

22. JUNI 1988, 13.30 UHR

AMTSGERICHT FRANKFURT AM MAIN
GERICHTSGEBÄUDE A, II. STOCK, RAUM 202

Weitere Informationen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 6 Frankfurt 1, Tel. 069/541408
Spenden an: W. Hofmann, Postscheckkonto 353795 - 609

UNGEBOCHENE TRADITION



VOLKSZÄHLUNG

Mai 1939 Mai 1987
Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:
„Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt... Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung.“

Am 18.10.83 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht: „Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses.“

◆ Ann-
Bunde-
der Ak.
(26. 29.0.
Ort: Mehning.
61.
Sonntag
☎ 030
◆ dt
Anfa
im V
Ubhf
Wers
abend Sc
solite heute z
amerikazentru
(Nähe Ubhf)
dieser Zeit

◆ Tan-
schaft
Die Brosch
dungskris
Länderan-
sungspe
samthor
gegen V.
essen, Bl
Kolonies
Heft, ab 25

P

◆ "Der
gard Horn
dem Ober
geht zu En
die Schlu
erfolgt
ver"

ANZEIGEN IN
DER TAGES -
PRESSE

FRANKFURTER RUNDSCHAU

FR

e?

tritt, oder
im öffent-
verkschaft
ereinbarte
er ÖTV in

für Ge-
ihrem
bezahlt
die öf-
 allem
1 - ,
alle
Mai
er-
15,
og
1,
1

40 Jahre nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg sollen jetzt nach dem Willen der westdeutschen Machthaber die Hetze gegen Juden wieder geschürt werden, die Verbrechen der Nazifaschisten gegen die Völker Osteuropas bagatellisiert und die faschistische Wehrmacht und die Waffen-SS rehabilitiert werden.

PROLETARIEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIEN ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 35

September 1985

4 DM

Eine Linie vom deutschen Faschismus
zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Streiflichter und Standpunkte u.a. zu:

- DIE REHABILITIERUNG DER WAFFEN-SS UND DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT
- MITSCHULD DAMALS UND HEUTE
- DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND REVANCHISMUS BEKÄMPFEN
- ZUR DEMAGOGIE DER WEIZSÄCKER-REDE AM 8. MAI 1985
- DIE HALTUNG ZU POLEN- EIN PRÜFSTEIN
- DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN
- ZIELE DER REVOLUTION

PROLETARIEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIEN ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

NR. 38

August 1986

4 DM

Ob Ausländerfeindlichkeit oder Judenhetze —
Deutscher Chauvinismus und Rassismus leben ungebrochen

DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN!

WEITERE ARTIKEL:

- DAS REVOLUTIONÄRE ERBE ERNST THÄLMANNS VERTEIDIGEN! Der Mörder Ernst Thälmanns läuft trotz Prozess weiterhin frei herum.
- AM BEISPIEL WACKERSDORF: Polizeistaat, Kriegsvorbereitung und reaktionäre Hetze gegen den militanten Kampf.
- DIE FASCHISTISCHEN TATEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN PERU: Über 400 revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer brutal in Gefängnissen niedergemetzelt.

GEWACHSEN AUF DEM BODEN DER STAATLICHEN AUSLÄNDERHETZE:
KOLLEGE RAMAZAN AVCI VON NEOFASCHISTISCHER GRUPPE ERSCHLAGEN!

~~~~~  
Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen,  
winseln und Entschuldigungen stammeln: so böse war's nicht gemeint; -  
wie noch so viele tun. Wiederhauen muß man, für jeden feindlichen Hieb  
zwei, drei zurück. Das war unsre Taktik von jeher, ...

Engels, MEW 35, S.425  
~~~~~

Inhalt:

Die Tradition der Volkszählung von 1939 ist ungebrochen (Rede von Walter Hofmann vor Gericht).....	3
Solidaritätsadresse des WESTBERLINER KOMMUNIST.....	12
Solidaritätserklärung der MARXISTISCH- LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS.....	13
Volkszählung 1939 (aus einem Flug- blatt von "Gegen die Strömung" vom April 1987).....	14
Notizen über den Prozeßverlauf.....	16
Die braune Pest geht vom Staat aus (aus "Gegen die Strömung" Nr. 34).....	26
Pressespiegel.....	28
Leserbriefe.....	34